

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post inkl. 15 Pfg. Bestellgeld vierteljährlich
80 Pfg., durch die Expedition unter Kreuzband 90 Pfg.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Zeiger Strasse 32, IV., Volkshaus
Telephonruf 7503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 30 Pfg. für die gepaltene
Petitzelle oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen
vorherige Einzahlung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 40.

Sonnabend, den 6. Oktober 1906.

10. Jahrgang.

Streiks, Sperrungen und Lohnbewegungen.

(Ueber alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist
wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende
Nummer die Bekanntmachung weg.)

Gesperet sind: Münster: Plaz Moseder. Köln: Dombau.
Bauzen: Firma Zentler. Ufen: Firma Mensing. Elber-
feld: Plaz Slang. Mannheim: Firma Schmüller für
Marmorarbeiter. Wenig-Radwig: Plaz Neumann und
Schubert in Kesselsdorf, Schlesien. Kupfersdorf:
Granitwerk Bornschein und Strnabl, Drahtwerk bei Wurzbach.
Karlsruhe: Die Betriebe der Süddeutschen Marmor-,
Granit- und Sandsteinwerke. Mainz: Plaz von Grünwald
u. Köllner, Gebrüder Mertens.

Im Kalksteingebiet suchen die Unternehmer von auswärts
Arbeitskräfte heranzuziehen, um auf die streikenden Kollegen
einen Druck ausüben zu können. Pflicht eines jeden Stein-
arbeiters ist es deshalb, das Kalksteingebiet bis auf
weiteres streng zu meiden.

In Nürnberg ist die Bauarbeiter-Aussperrung, an der auch
unsere Kollegen in Mitteleuropa gezogen waren, beendet,
jedoch suchen die Unternehmer jetzt einen Tarifvertrag mit
den Zentralvorständen auf längere Dauer abzuschließen, und
sind Unterhandlungen im Gange. Zugang ist nach wie vor
fernzuhalten.

Mühlhausen i. Thür. ist vorläufig noch zu meiden.

Krefeld. Streik mit Erfolg beendet.

Bremke bei Göttingen. Bei der Lohnzahlung sind Differenzen
entstanden. Der Ort ist zu meiden.

Mannheim.

Kurz vor dem Wiederzusammentritt des Reichsparla-
ments hatten die meisten politischen Parteien ihre Parteit-
tage ab. Die Paraden der Klerikalen sind in Wirklich-
keit nichts anderes, als Zentrumsparaden, und die letzte
dieser Art fand vor kurzem unter mächtigem Pomp nach
außen hin in der großen Industriemetropole Essen statt,
wo im Jahre 1907 die nächste sozialistische Meerchau ab-
gehalten wird. Vorige Woche tagte unter großem An-
drang von Delegierten und Gästen das sozialistische
Parlament oder das „rote Parlament“, wie die bürgerliche
Presse schrieb, in der ersten Industriestadt Badens, in
Mannheim. Raum, als der Parteivorstand offiziell
den Termin des Parteitags mit der provisorischen Tages-
ordnung bekannt gab, fiel die gesamte bürgerliche Presse
über die einzelnen Punkte der Tagesordnung her und
prophezeigte für Mannheim einen großen Spektakel. Und
wiederum ging es diesen Prophezeien wie den Lohgerbern,
denen die Helle fortgeschwommen, denn Mannheim brachte
über die soviel umstrittene Frage: Partei und Gewerk-
schaften, völlige Einigung.

Den sozialistischen Parteitag bringt man im ganzen
öffentlichen Leben ein ungeheuer reges Interesse entgegen:
alle größeren in- und ausländischen Blätter entfianden
nach Mannheim extra ihre Spezialberichterstattung, um die
gepflogenen Debatten in alle Welt hinauszutelegraphieren.
Säße die Sozialdemokratie nicht einen so bedeutenden Ein-

fluß auf das gesamte öffentliche Leben, wer würde sich
dann um ihre Parteitage bekümmern! Auf den sozial-
istischen Parteitag wird vor dem „Forum“ der Öffent-
lichkeit diskutiert, und das müssen auch die Gegner be-
wundern, die es selbst meisterhaft verstehen, hinter ver-
schlossenen Türen zu verhandeln. Auf den Katholikent-
agen werden außer den geschlossenen Verhandlungen
zwar etliche „öffentlich“ abgehalten, diese dienen aber ledig-
lich nur Renommierzwecken. Gegenätze auf Katholiken-
oder Zentrumsparaden müssen vermieden werden, jagte
doch der bekannte Zentrumsabgeordnete Gröber hierzu
folgendes in Essen:

Vermeiden wir alle Zersplitterungen auf unsern Versam-
lungen, lassen wir keinen Antrag zu, der auch nur von weitem so
aussieht, als könne er Kontroversen hervorrufen. Wir sind nicht
dazu da, Kontroversen auszutragen, sondern die Einigkeit zu
pflegen und zu fördern. Man sei nicht nach Essen gekommen,
um Meinungsverschiedenheiten vorzubringen, sondern um die
Einigkeit des katholischen Volkes (nach außen) zu beweisen.

Auf den sozialdemokratischen Tagungen kann ein
„solches Epigramm“ nicht als Muster dienen, dort heißt
es, den guten Kern aus den Diskussionen herauszuschälen,
auch wenn manche Redensart hart und spröde klingen mag.
Und so geschah es wiederum in Mannheim, wo manch
sprühender Redefunkel flog, aber alles, mit Ausnahme der
Kontroversen mit Stampfer und Brauh, nur der Einigkeit
für die Arbeiterbewegung galt. Wenden wir uns nun der
Tagesordnung zu. Großes Interesse erweckte der Kassen-
bericht, erstattet vom Abgeordneten Gerisch. Um die
Finanzen der Partei einigermaßen zu skizzieren, führen
wir den Etat der letzten drei Jahre an. In den drei Ge-
schäftsjahren, seit den letzten Reichstagswahlen, haben
betragen: die Gesamteinnahmen 620 $\frac{1}{2}$, 723, 811 Tausend
Mark, die Gesamtausgaben 362 $\frac{3}{4}$, 499, 880 $\frac{1}{2}$ Tausend
Mark.

Keine deutsche bürgerliche Partei verfügt über solche
Mittelnsummen, und doch muß die sozialdemokratische Partei
bemüht sein, eine andre Finanzregulierung herbeizuführen.
Besonders sind es die süddeutschen Genossen, welche nicht
zu wissen scheinen, daß in Berlin ein Rentamt, um mit
dem Pfalzgrafen Ehrhart zu reden, besteht, welches auch,
weil es ungeheuer in Anspruch genommen wird, mit
klingendem Metall wieder gespeist werden muß. Ein solches
Defizit, wie es das letzte Geschäftsjahr aufweist, soll auf
alle Fälle vermieden werden. Doch nicht allein der Partei-
vorstand in Berlin kann die ersuchte Abhilfe zuwege
bringen, nein, die Genossen in den einzelnen Bundes-
staaten müssen dafür sorgen, daß das statutarisch festgelegte
„Fünftel“ der Parteibeiträge promptestens dem Rentamt
in Berlin zugeführt wird. Als Gewerkschaftler begreifen
wir es nicht, warum die Möglichkeit ausgeschlossen sein soll,
die organisierten Parteigenossen nicht zu einem erhöhten
Beitrag, als wie es in vielen Wahlvereinen der Fall ist,
bewegen zu können. Die Zahl der organisierten
Genossen eminent zu steigern, die Parteibeiträge einheit-
licher zu regulieren und zu erhöhen, sowie die Breitenun-
ternehmen zu größeren Zuschüssen an die Hauptkasse zu ver-
anlassen, muß in Zukunft die Direktive der Partei-
funktionäre sein.

Die Ziffern, die Gerisch vorführte, zeigten, wie intensiv

die politischen Organisationen noch ausgebaut werden
müssen. Ueber drei Millionen Stimmen musterte 1903
die Partei, während jetzt erst rund 400 000 Genossen
politisch organisiert sind. Die Reihenfolge der Einzel-
staaten nach der Stärke der Organisationen im Verhältnis
zur abgegebenen Stimmenzahl zum Reichstag ist folgende:
Obenan steht Hamburg mit 21,8 Prozent, Bremen mit
21,6, Hessen mit 20, Meuß mit 20,6, Oldenburg mit 20,
Sachsen-Altenburg mit 18,7, Lübeck mit 18,5, Württemberg
mit 13,4, Sachsen mit 13,1, Schwarzburg-Sondershausen
mit 12,7, Anhalt mit 12,3, Meuß mit 12,1, Preußen mit
11,2, Sachsen-Weimingen mit 10,9, Koburg-Gotha mit
10,8, Sachsen-Weimar mit 10,5, Lippe-Deimold mit 10,3,
Schwarzburg-Rudolstadt mit 10, Braunschweig mit 7,3,
Waldeck mit 3,6, und Elsaß-Lothringen mit 2,9 Prozent.
Für Deutschland insgesamt ist diese Zahl also 12,76
Prozent.

Wir haben in Deutschland rund 11 $\frac{1}{2}$ Millionen gewerk-
schaftlich organisierter Arbeiter. Diese Tatsache schon zeigt,
daß es mit den politischen Organisationen besser werden
muß. Durch Anstellung von Parteifunktionären in den
einzelnen Landesteilen wird in Zukunft die Agitation wohl
scharfer einlezen können. Wenn unsere Gegner gar keine
oder sehr schlechte Organisationen besitzen, so darf sich die
Partei deshalb nicht in dem Glauben wiegen, es sei ge-
nühend in der Organisation getan worden.

Wir teilen die Ansicht einiger Parteiblätter
nicht, die da behaupten, die Zahl der politisch
Organisierten könne niemals so hoch sein, als die der Ge-
werkschaften. Begründet hat diese Behauptung niemand.
Ein großer Teil der sozialistischen Wähler gehört nicht der
arbeitenden Klasse an, kann sich also nicht gewerkschaftlich
organisieren, aber zum mindesten politisch, und
in einem Jahrzehnt wird auch der Prozentatz der politisch
Organisierten, aus den Gewerkschaften ein bedeutend
höherer sein, als heute. Die Zuspitzung des Klassen-
kampfes, die Zunahme des wirtschaftlichen Ringens
zwischen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen, die
politische Aufklärung im speziellen tun das übrige, um
auch den Parteioorganisationen neue Massen zuzuführen.

Stärker als die Zunahme der politischen Organisation
war die Steigerung der Abonnentenziffer für die Partei-
presse. Sie betrug in drei Jahren 265 000, im letzten Jahre
allein 158 600. Im Totalen hat die Parteipresse jetzt
837 790 Abonnenten. Das ist vielleicht die erfreulichste
Mitteilung, die Genosse Gerisch dem Parteitag machen
konnte.

Beim Vorstandsbericht kam es auf kurze Zeit zu sehr
unerquidlichen, aber sehr notwendigen Debatten. Genosse
Hoch (Hanau) zog einen von Stampfer in der Neuen
Gesellschaft veröffentlichten Artikel ans Tageslicht, um zu
zeigen, wie gegen den Vorwärts „gearbeitet“ wird. Der
Vorwärts hatte die Zitatenfälschung von Stampfer fest-
gestellt und dabei letzteren etwas verb angefaßt, nachdem
zuvor auf mehrere Angriffe Stampfers das Zentralorgan
überhaupt nicht reagierte. Die Kennzeichnung der
Stampferschen Kampfweise durch Hoch verfehlte ihre
Wirkung nicht, und so trat der Dignitar (Würdenträger)
der Partei, Dr. Heinrich Braun, für seinen Schützling

Görbersdorf.

I.

„Der Kranke erstrebt nicht Erholung,
sondern Heilung.“

Görbersdorf ist ein freundliches Dorf im Kreise
Waldburg, Regierungsbezirk Breslau, und liegt in
einem engen, vielfach gewundenen, von Ost nach West
laufenden Tale, das fast vollständig von 800—900 Meter
hohen, mit herrlichen Nadelwäldern bestandenen Berg-
rücken eingeschlossen ist. Diese schön bewaldeten, äußerst
inponierenden Bergrücken bilden einen Teil der Sudeten,
die das Riesengebirge mit dem Culengebirge verbindet.
Das Dorf selbst liegt 561 Meter über dem Meerespiegel.
Aus dem stillen Gebirgsdörfchen v n früher ist heute ein
weltberühmter Kurort geworden. In einem anmutigen
Tale ist es umgeben von Porphy- und Melaphyrbergen,
die sich als Bergrücken, Kuppen und schön zugespitzte
Felsen in angenehmer Abwechslung prächtig repräsen-
tieren. Die Nadel- und Laubwälder bedecken dieselben bis
an den Talrand hinab.

Berg und Tal sind in reicher Fülle mit lieblichen
Blumen geschmückt, deren viele auch der Alpenflora an-
gehören.

Görbersdorf erreichte durch Dr. Brehmer, den
Begründer der ersten deutschen Lungenheilstalt, im
Jahre 1854 einen Weltruf. Lungenkranke aus aller
Grenzen eilen nach Görbersdorf, um wieder zu ge-
sunden.

Dr. Brehmer hatte damals eine glückliche Hand, indem
er gerade Görbersdorf für seinen Zweck wählte; denn die
idyllische Lage mit der paradiesischen Ruhe sind so recht
geeignet, einem verzagten Menschenkinde neuen Lebens-
mut einzufloßen.

In Görbersdorf bestehen zurzeit drei Anstalten für
Lungenkranke. Wenn man beim „Wälgengrunde“ die
Waldburg-Kriedländer Chauffee verläßt und östlich sich

wendend den Görbersdorfer Weg einschlägt, passiert man
zunächst ein schönes Wiesental, von parallel laufenden, be-
waldeten Anhöhen eingeschlossen. In diesem, nahe dem
Eingange ins Görbersdorfer Tal, begegnet man dem
Marien-Gauz, welches zur Dr. Weiderschen Anstalt gehört.

Ins Görbersdorfer Tal selbst eintretend, sieht man bald
rechts die palastartigen Kurhäuser, Villen und Pavillons
und links die musterhaften Lekomiegebäude der Dr. Ger-
mann Brehmerschen Heilanstalt für Lungenkranke. Weiter-
hin schließt sich die Anstalt des Dr. Kömpler an, deren Ge-
bäude vorherrschend Villenstil zeigen. Auch eine Menge
Privathäuser sind entstanden — ihr Aussehen ist einfach
und schlicht — welche dazu dienen, die Privatpatienten
3. Klasse und die Patienten der Landesversicherungen auf-
zunehmen.

Alle drei Anstalten gründen ihr Heilverfahren in der
Hauptache auf die bereits in die Lehrbücher der Therapie
übergegangene Brehmersche Methode, welche bezweckt, den
Organismus des Kranken derart zu kräftigen, daß er der
Krankheit gegenüber an Widerstandsfähigkeit gewinnt; und
dieselbe schließlich zu überwinden vermag.

Zur Erreichung dieses Zweckes dürfte nicht leicht ein
günstigerer Ort gefunden werden als Görbersdorf. Die
ozonreiche, staubfreie Luft dieses schönen Tales wird nach
Osten und Süden zu durch Berge gegen das Eindringen
scharfer und trockener Winde geschützt, ist dagegen der von
Südwest und West kommenden feuchten, den Lungenleiden
den wohlthuenden Luft zugänglich; das in verschiedenen
Kurformen etwa anzuwendende Wasser stammt aus reinsten
Gebirgsquellen.

Wir haben schon auf die herrliche Umgebung von
Görbersdorf aufmerksam gemacht, aber leider können sich
die Patienten in den herrlichen Wäldern nicht direkt
ergehen, sondern man muß die nicht gut gepflegten Tal-
wege benützen, um seine Spaziergänge machen zu können.
In der jetzigen Zeit sind diese Wege einfach skandalös. Be-
sitzer der Laub- und Nadelwäldungen ist der bekannte

Fürst P l e f, und seine Forstverwaltung wacht mit Argus-
augen, daß kein Patient die Wäldungen betritt. Auf den
Zugangsteigen finden sich Tafeln mit dem Hinweis: Das
Betreten der Wäldungen ist nach § 368 Abs. 8 des Straf-
gesetzbuchs strengstens untersagt. Würden denn die Wälder
Schaden leiden, wenn sich die leidenden Patienten darin
ergehen und frische Waldesluft atmen könnten? Nein, das
gibt es herrliche Nadel- und Hirsche könnten ver-
scheucht werden, und um das Wild zu pflegen, deshalb
die Abperrung der Wälder vor kranken Menschen.

Die Heilanstalten von Dr. Kömpler und Dr. Brehmer
haben gewiß herrliche Parkanlagen, aber nur wenige
Patienten sind in diesen Anstalten untergebracht, denn
der Pensjonspreis beträgt dort pro Woche etwa 80 Mk.
(achtzig). Lungenkranke aus der Proletariermasse können
sich niemals solche Ausgaben gestatten. Für eine Hand-
voll Kranke, die keine pekuniären Opfer zu scheuen haben,
gibt es herrliche Villen und prachtvolle Parks; die übrigen
500 unbemittelten Patienten können auf schlecht gepflegten
Landstraßen und breiten Feldwegen spazieren gehen.
Allerdings, das eine haben die unbemittelten mit den
reichen Patienten gemeinsam, nämlich, daß sie „gleiche“
frische Luft atmen können, die zur Gesundung für Lungen-
kranke oberstes Bedürfnis ist.

Durch Görbersdorf fließt rauschend ein kleines Wässer-
chen, der „Bazillenbach“ genannt, das nicht überdeckt ist
und im Sommer einen gerade nicht angenehmen Geruch
verbreitet. Warum die Gemeinde nicht eine Ueberdeckung
des Wässerchens vornimmt, ist uns unbegreiflich, die Kosten
kommen doch gewiß nicht in Frage.

Der Ort Görbersdorf hat durch die drei Heilanstalten
ungeheuer gewonnen, trotzdem tut die Gemeinde für die
Verhönerung sehr wenig.

Wenden wir uns nun der Beschreibung der Heil-
anstalten selbst zu. Im Juli 1854 gründete Dr. Brehmer,
damals ein junger Arzt von 28 Jahren, die erste Lungen-
heilstalt. Die Heilanstalten mußten früher kon-

Stampfer in die Schranken. Er gierte seine Lenden mit der Loga der sittlichen Entrüstung, betrat das Podium und beschwerte sich zunächst über den „scharfen Ton“ auf dem Parteitag. Dann folgte ein Lamento über das Zentralorgan, das sich in wichtigen Fragen in Widersprüche verwickelt und ohne jegliche Direktive sei. Weiter verteidigte Braun die eigenartige Zitierkunst von Stampfer. Doch der Parteitag ließ sich durch seine Moralpauke nicht zu einer persönlichen Polemik herbei, sondern zeigte durch große Unruhe, daß es an der Zeit sei, mit seinen Tiraden Schluß zu machen und nicht immer in der Partei Eigenbrödelei zu treiben. Braun als „Hochpriester der Partemoral“, wie sich Wels (Berlin) mit drastischem Witz ausdrückte, wird aus der Stimmung des Parteitags erkannt haben, daß man an seinem Auftreten 1903 in Dresden noch heute genug hat.

Groß war die Spannung, als das Thema: Der politische Massenstreik, an die Reihe kam. Referent war **Bebel**, Korreferent **Legien**. **Bebel** führte aus:

Er habe in der Februar-Konferenz mit den Leitern der Gewerkschaftsvorstände mit keinem Wort seine Anschauungen von Jena zurückgenommen. Aber er habe die ganz besonderen Verhältnisse betont, die in Preußen herrschen und unter denen ein politischer Streik etwas ganz anderes bedeuten würde als in jedem andern Lande der Welt. Wir seien noch nicht genügend vorbereitet und organisiert für solchen Kampf, dessen etwaigen unglücklichen Ausgang die Feinde der Arbeiterklasse zu Ausnahmungs- und Unterdrückungsgeetzen ausnutzen würden. Man dürfe bei uns solchen Kampf nicht riskieren, wenn Gefahr einer sicheren Niederlage bestehe. Selbst in Rußland habe sich gezeigt, daß man nicht beliebig solchen Massenstreik ins Werk setzen kann. In Deutschland hätten wir aber auch ganz andre Kampfmittel zur Verfügung, so daß der Massenstreik nur unter ganz besonderen Umständen in Frage zu kommen brauche. Bei uns handle es sich nicht darum, einen ganzen politischen Oberbau umzuführen wie jetzt in Rußland, wir haben das Reichstagswahlrecht als Mittel der geordneten Entwicklung, wir haben deshalb niemals erklärt, daß wir Revolution im Sinne der Gewaltanwendung machen wollen, wenn wir auch anderseits uns nicht gegen revolutionäre Ereignisse gefeiert glauben sollen. Bei uns handle es sich in erster Linie um Abwehr von Attentaten auf das Reichstagswahlrecht oder das Koalitionsrecht. Um aber, besonders in Preußen, den Massenstreik als Angriffswaffe benutzen zu können, dazu müsse erst das Interesse der Arbeiterklasse an den Landtagsangelegenheiten ganz anders gesteigert werden. **Bebel** besprach dann die Situation in der letzten Wahlrechtsbewegung und polemisierte lebhaft gegen diejenigen, welche eine weitere Steigerung der Bewegung für wünschenswert und nötig gehalten haben. Er besprach ferner die Petition des Vorstandes an den preussischen Landtag. Er wandte sich gegen etwaige schwarzheerische Auffassungen, für die nicht der geringste Anlaß sei. Mit den Gewerkschaften sei man sich viel näher gekommen. Die Gewerkschaften könnten überzeugt sein, daß die Partei keinerlei Leichtsinngigkeiten wolle, welche die gewerkschaftlichen Organisationen aus Spiel setzen. Und die Partei habe sich überzeugt, daß die Gewerkschaften treu zu ihr stehen werden, wenn es gelte, größere Kämpfe gegen die Reaktion zu führen.

Legien als Korreferent betonte, daß der Parteivorstand kein Recht gehabt hätte, das Protokoll der Zentralvorstände zu veröffentlichen. Durch diesen Vorgang sei in die Gewerkschaften nur Mißtrauen gesät worden (!!!). Die Massen haben am 21. Januar gedacht, es käme wirklich zum Massenstreik. (?) Er glaube sogar gewiß, daß es in Deutschland einmal nicht nur zu Massenstreiks, daß es zu völlig revolutionären Situationen kommen werde. Aber es sei unmöglich, darüber zu diskutieren, was wir dann tun würden. Die Gewerkschaftsführer hätten die Massenstreikdiskussion nicht gern gesehen, weil es sich dabei gar nicht vermeiden lasse, die eigenen Schwächen aufzudecken. So sei es beispielsweise das wichtigste, die Transportarbeiter und Eisenbahner für einen Massenstreik zu gewinnen, diese seien aber, wie die Dinge jetzt bei uns liegen, zunächst nicht zu organisieren. Andererseits könnte auch unter Umständen ein längerer Streik der Bergarbeiter, der von allen anderen Arbeitern unterstützt wird, mehr bewirken als ein allgemeiner Streik. Die Gewerkschaften befürchteten weiter, daß man in die Arbeitermassen eine Idee tragen könnte, vermittelt deren sie glauben, schnell und viel erreichen zu können, die aber dann, wenn diese Aussicht sich nicht erfüllen sollte, zu bitterer Enttäuschung führt. Der Kölner Kongreß habe gut getan, vor Illusionen zu warnen. Aber gegen den politischen Massenstreik, wie er in Jena beschlossen sei, habe er sich nicht gewandt, wenn es auch besser gewesen wäre, die Festlegung auf dieses Kampfmittel zu unterlassen. (!) Nach der ruhigen Haltung, die neuerdings der Vorwärts in dieser Frage eingenommen habe, seien die Bedenken der Gewerkschaften noch mehr geschwunden. Nun hätten sich

geffioniert werden, und da Dr. Brehmer eingefleischter Demokrat war, der 1848 auf den Barricaden in Breslau für die bürgerlichen Freiheiten kämpfte, so wurde ihm anfangs von den in Preußen zuständigen, äußerst reaktionären Regierungsinstanzen dieselbe verweigert. Schon damals wurde der politische Gegner von der Regierung genau mit denselben lächerlichen Mätzchen wie heute bekämpft. Wir haben es ja erst kürzlich erlebt, daß ein preussischer Minister einen Erlaß verfügte, welcher besagt, sozialdemokratisch gestimmte Männer eignen sich nicht zur Erteilung von Turnunterricht an „Jugendliche“.

Dr. Brehmer setzte zur Erlangung der Konzession alle Hebel in Bewegung, und sein Vorhaben gelang ihm auch. Nun, die Nadelstichpolitik der Regierung war überwunden, für Brehmer aber, dem genialen Arzt, entstanden ungeahnte Schwierigkeiten, nämlich jetzt kämpften die Ärzte gegen ihn. Brehmer hatte 1853 in seine Doktor-Dissertation den Satz aufgeschrieben: „Die Lungen-schwindsucht ist heilbar.“ Die Jünger Askulaps, also seine Kollegen vom medizinischen Fach, erklärten Brehmer wegen seiner These für „verrückt“.

Nun ist es ein bekannter Zug, daß bei den meisten Menschen, mit Ausnahme von großen Geistern, die Nachweisung eines Irrtums oder Nichtwissens unfreundliche Gesinnung gegen den Nachweisenden bedingt. Kein Wunder, daß die Ärzte und Laien, die vorher über Charlatanerie geschrien hatten, nun über andre Dinge schrien, die angeblich existieren sollten, so daß man von Dr. Brehmer sagen konnte, er war der bestverleumdete Mensch, so verleumdet, wie es durch Neid und Mißgunst nur möglich war.

Sa, sogar die Ärzte, die, als seine Idee, seine Behandlungsweise immer siegreicher wurde, diese Idee für sich ausbeuten wollten und Höhen-Kurorte gründeten, schwiegen Brehmer tot. Dr. Spengler in Davos (Schweiz) hat den traurigen Mut gehabt, eine Schrift heraus-

zugeben, in der er von sich sagt, er habe in der Behandlung der Schwindsucht neue Bahnen gebrochen und von Dr. Brehmer kein Wort erwähnt.

Zur damaligen Zeit glaubte also auch in ärztlichen Kreisen niemand an die Heilbarkeit der Lungenschwindsucht. Brehmer machte darauf aufmerksam, daß die Bewohner gewisser Gegenden völlig frei von Lungenschwindsucht seien und fand hieraus ausschließlich den Grund in den klimatischen Verhältnissen jener Gegenden, woraus er ganz richtig schloß, daß unter diesen Verhältnissen auch die von der Krankheit Befallenen die meiste Aussicht haben, geheilt zu werden.

Der Hauptforderung seiner Therapie Folge leistend, daß der Kranke nur in einer schwindsuchtsfreien Gegend heilbar sei, wählte er das innerhalb dieser sogenannten Immunitätszone liegende Tal Görbersdorf, um da seine Anstalt zu errichten. Im Laufe von zwei Jahrzehnten ward die Brehmersche Anstalt weltbekannt. Auch die Ärzte wurden Brehmer immer mehr gewogen, denn es war ihm wirklich gelungen, durch eine große Reihe von Zeugen die Tatsache der Heilbarkeit der Lungenschwindsucht nachzuweisen.

Die Brehmersche Anstalt in ihrer Bauart muß muster-gültig genannt werden; allerdings sind da keine Proletarierkrankten untergebracht.

Vom Wlitzengrunde Kommand, liegt vor uns in seiner ganzen Pracht das Görbersdorfer Tal mit seinen sämtlichen Anstalten und Kurhäusern. Dicht neben der Fahrstraße fließt ein lustig dahinrieselndes Bächlein, welches an seinem Ende eine Mühle, zum Dr. Brehmerschen Besitztum gehörend, treibt. Von hier aus werden die rot-schimmernden Türme und schloßartigen Gebäude der Dr. Brehmerschen Hauptanstalt sichtbar. Ist auch schon dieser Anblick für den ankommenden Kurgast inmitten ländlicher Einsamkeit des von aller Welt abgeschlossenen Dörfchens ungemein wohlthuend, so muß doch sein Staunen sich ge-

Die Gewerkschaften sind unumgänglich notwendige Organisationen für die Hebung der Klassenlage der Arbeiter innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft. Dieselben stehen an Wichtigkeit hinter der sozialdemokratischen Partei nicht zurück, die den Kampf für die Hebung der Arbeiterklasse und ihre Gleichberechtigung mit den andern Klassen der Gesellschaft auf politischem Gebiet zu führen hat, im weiteren aber über diese ihre nächste Aufgabe hinaus die Befreiung der Arbeiterklasse von jeder Unterdrückung und Ausbeutung durch Aufhebung des Lohnsystems und die Organisation einer auf der sozialen Gleichheit aller beruhenden Erzeugungs- und Austauschweise, also der sozialistischen Gesellschaft, erstrebt. Ein Ziel, das auch der klassenbewußte Arbeiter der Gewerkschaft notwendig erstreben muß. Beide Organisationen sind also öfters in ihren Kämpfen auf gegenseitige Verständigung und Zusammenwirken angewiesen.

Um bei Aktionen, die die Interessen der Gewerkschaften und der Partei gleichmäßig berühren, ein einheitliches Vorgehen herbeizuführen, sollen die Zentralleitungen der beiden Organisationen sich zu verständigen suchen.

Die Einladung zu einer solchen Beratung hat diejenige Zentralleitung ergehen zu lassen, von der die Anregung zu der Beratung ausgeht.

Diese Resolution wurde mit einem Amendement **Legien** und einem Amendement **Kautsky** mit 386 gegen 5 Stimmen angenommen. Allerdings ging diese Annahme nicht so glatt vonstatten, denn der eingebrachte Zusatzantrag von **Kautsky** und 32 Genossen enthielt einen Passus, der für die Gewerkschaftler aus taktischen Gründen unannehmbar war. Der zweite Absatz des Zusatzantrags von **Kautsky** lautete:

Um aber jene Einheitslichkeit des Denkens und Handelns von Partei und Gewerkschaft zu sichern, die ein unentbehrliches Erfordernis für den siegreichen Fortgang des proletarischen Klassenkampfes bildet, ist es unbedingt notwendig, daß die Gewerkschaften von dem Geiste der Sozialdemokratie beherrscht werden. Es ist daher Pflicht eines jeden Parteigenossen, in diesem Sinne in den Gewerkschaften zu wirken (bis hierher angenommen) und sich bei der gewerkschaftlichen Tätigkeit wie bei jeder andern öffentlichen Betätigung an die Beschlüsse der Parteitage gebunden zu fühlen. Dies ist geboten in Interesse der gewerkschaftlichen Bewegung selbst, denn die Sozialdemokratie ist die höchste und umfassendste Form des proletarischen Klassenkampfes, und keine proletarische Organisation, keine proletarische Bewegung kann ihrer Aufgabe vollständig gerecht werden, die nicht vom Geiste der Sozialdemokratie erfüllt ist.

Der ganze Schluppassus von der Stelle an, wo es heißt, „und sich bei der gewerkschaftlichen Tätigkeit“ usw., wurde zurückgezogen und die Brücke zur Verständigung war gegeben. Mit vollem Recht sagte **Bömelburg**:

Wenn **Kautsky** wünscht, daß die Mitglieder der Gewerkschaften mit sozialdemokratischem Geist durchtränkt werden, so

befindet sich dieser Wunsch völlig mit dem meinigen im Einklang. (Schlafes Brach!) Darin gibt es keine Meinungsverschiedenheiten, das habe ich wiederholt ausgesprochen, und ich kann von mir mit gutem Gewissen sagen, daß ich, so lange ich an der Spitze meiner Gewerkschaft stehe, in diesem Sinne gearbeitet habe.

Wehrlich äußerte sich der zweite Vorsitzende des Metallarbeiterverbandes, **Genosse Reichel-Stuttgart**. Wir freuen uns, daß die Resolution **Bebel** mit den modifizierten Amendements mit so großer Mehrheit angenommen wurde. Durch diesen Beschluß wurde die völlige Einigkeit zwischen Partei und Gewerkschaft glänzend dokumentiert. Hoffentlich werden auch in der Presse die unerquicklichen Polemiken, wie sie vor kurzem an der Tagesordnung waren, verschwinden.

Die Frage der Maifeier behandelte **Richard Fischer** Berlin. Ohne Debatte wurde seiner Resolution zugestimmt, es bleibt bei der Begehung der Maifeier wie bisher.

Weiter kam zur Beratung das Thema: Partei und Gewerkschaft. Veranlassung hierzu gab insbesondere das schmachvolle Treiben der Lokalorganisierten in Berlin. v. C. I. m. und Genossen beantragten folgende Resolution, die wir der Wichtigkeit halber im vollen Wortlaut wiedergeben. Sie heißt:

Weil die unter gewerkschaftlicher Firma auftretenden politischen Zwitterorganisationen, genannt Freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften, sich immer bewusster in den Dienst anarcho-sozialistischer Propaganda und Ziele gestellt haben,

weil ferner diese Organisationen entgegen den Beschlüssen der Parteitage der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, welche der Arbeiterschaft die gewerkschaftliche Organisation in Zentralverbänden empfehlen, die gewerkschaftlichen Zentralverbände fortgesetzt in der gehässigsten Weise bekämpfen,

weil ferner diese Organisationen im offenen Gegensatz zu den Beschlüssen sozialdemokratischer Kongresse den anarcho-sozialistischen Generalkampf propagieren und überdies durch eine besondere Forderung ihres Organisationsprogramms die anarcho-sozialistische Agitation direkt gefördert haben,

und weil die Vorstände dieser Freien Vereinigungen interne Beratungen zwischen Parteivorstand und Generalkommission über das Verhalten bei politischen Massenstreiks — die schon aus Gründen der Parteistrategie geheim bleiben mußten — in der Einigkeit veröffentlicht und dadurch die Partei zum Gegenstand allgemeiner Angriffe gemacht haben, wiederholt der Parteitag die Resolution des Lübecker Parteitags:

Der Kampf der Arbeiterklasse auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete erfordert einheitliche Zusammenfassung aller Kräfte in den betreffenden Organisationen. Er hat zur Grundbedingung die Ausübung strenger Disziplin in der Aktion, die Respektierung der Beschlüsse der Mehrheit durch die Minderheit gemäß den Grundfäden der Demokratie.

Wer der Partei oder seiner Berufsorganisation in einem von ihnen geführten Kampf durch Laizen entgegenwirkt oder Sonderbündelei zur Führung solcher Gegenagitation betreibt, verstoßt wider das vorantworfte Lebensprinzip der Arbeiterbewegung. Es sind daher die örtlichen Organisationen der Partei berechtigt, solche Mitglieder so lange aus ihrer Mitte auszuschließen, als sie in diesem Verhalten beharren und erklärt

daß diese anarcho-sozialistischen Vereinigungen keinerlei Gemeinschaft mit der modernen Arbeiterbewegung haben und daß jede Mitarbeit von Parteigenossen in diesen Vereinen, Versammlungen und Preberorganen unvereinbar mit der Forderung der Partei ist. Den anarcho-sozialistischen Freien Vereinigungen ist der redaktionelle Teil der Parteipresse zu verschließen und sind die Redaktionen verpflichtet, den anarcho-sozialistischen Propaganda und Organisation mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten.

Diese Resolution verlangt selbstredend, daß die Genossen, die lokalen Organisationen angehören, aus der Partei ausgeschlossen werden. Mehrere Redner verwahrten sich gegen ein solches Vorgehen und **Richard Fischer** fand auch die geeignete Formel, nach welcher v o r l ä u f i g es möglich erscheint, daß die Lokalorganisierten noch zur „Räson“ gebracht werden können, indem er folgenden kurzgefaßten Antrag stellte, der mit übergroßer Mehrheit Annahme fand:

Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, bis zum nächsten Parteitag den Versuch zu machen, in Verbindung mit der Generalkommission diese Frage im Sinne der Lübecker Resolution zu regeln und geht damit über die zur Frage der lokalorganisierten Gewerkschaften gestellten Anträge zur Tagesordnung über.

Dieser Antrag traf das allein richtige. Dem Parteitag kann nicht der Vorwurf gemacht werden, einen übereilig gefaßten Beschluß herbeigeführt zu haben. Die Lokalorganisierten können sich innerhalb Jahresfrist befinden, ob sie in die dargebotene Hand zum Frieden einwilligen wollen.

malzig steigern, wenn er den Korso der Anstalt betritt, wenn er die vielen prächtigen Bauten, welche sämtlich in rein gotischen Formen ausgeführt sind, in ihrer ganzen Ausdehnung vor sich sieht. Die Länge dieser Gebäude ist 135 Meter. Hat auch das Auge des hier ankommenden Großstädters schon manche Monumentalbauten von vielfach eben solchen gewaltigen Umfängen gesehen, so ist es aber dennoch vielleicht nur wenigen vergönnt gewesen, die Schöpfung eines genialen Baumeisters in ländlichen Rahmen und Naturschönheiten zu bewundern.

Es kann nicht der Zweck dieser Zeilen sein, die großartigen Bauten genannter Anstalt einzeln aufzuzählen und zu beschreiben. Erwähnenswert mag sein, daß die Brehmersche Anstalt im Jahre 1901 von der sächsischen Landesversicherungsanstalt angekauft werden sollte. Doch die Landesversicherung fand den Kaufpreis von 6 Millionen Mark zu hoch und wollte, wie man vernimmt, bloß zirka 4 Millionen Mark bieten, so daß sich die Verkaufsverhandlungen zerstreuten.

Der weit über Europas Grenzen hinaus bekannte Dr. Brehmer starb 1889, und die von ihm begründete und zur eminenten Bedeutung gebrachte Anstalt wird von seinen Erben weitergeführt; das Renommee hat unter dieser Leitung in den letzten Jahren allerdings stark gelitten.

Die zweite Lungenheilstalt in Görbersdorf wurde 1875 von Dr. Kömpler gegründet. Sie umfaßt ein Terrain von 370 Morgen, wovon zirka 115 Morgen Wald sind. Die Wege und Anlagen in letzterem sollen sehr schön sein; mit eignen Augen hat Schreiber dieser Zeilen diese jedoch nicht gesehen, denn nur Patienten der Anstalt Kömpler ist der Zutritt zu den Waldungen gestattet.

In Görbersdorf besteht noch eine dritte Lungenheilanstalt mit einem Volks-sanatorium, gegründet von Dr. Weicker. Doch darüber im nächsten Artikel.

Weiter nahm der Parteitag ein glänzendes Referat des Genossen Rechtsanwalt Gasse über Strafrecht, Strafprozeß und Strafvollzug entgegen. Wir geben in der nächsten Nummer einen Teil seiner Ausführungen wieder.

Ueber das Thema: Sozialdemokratie und Volks-erziehung sprach der ehemalige Volksschullehrer Genosse Schulz-Bremen sowie die Genossin Zetkin. Mit großer Gründlichkeit entledigten sich diese Personen ihrer Aufgabe. Die vorerlichen Wochen schon publizierten Leit-sätze hierzu, die in der Presse eine eingehende Würdigung erfuhren, wurden en bloc angenommen. Die Genossin Zetkin konnte leider ihr Referat nicht zu Ende führen, sie wurde von einem Unwohlsein befallen, das zu den schlimmsten Befürchtungen Anlaß gibt.

Wir sind mit der Mannheimer Woche sehr zufrieden. Die geschaffene Einigung zwischen Partei und Gewerkschaften drückt den ganzen Verhandlungen den Stempel des Symponierendens auf. Bälliges Zusammenarbeiten auf der ganzen Linie ist in Zukunft die Basis der gesamten Arbeiterbewegung. Die Gegner, die Panik und Streit erwarteten, mußten betäubt erkennen, daß die Vertreter des organisierten Proletariats auch in schwierigen Situationen klug und weise für die gesamte Arbeiterbewegung zu handeln verstehen. Hervorragende Gewerkschaftsvertreter betonten unter stürmischem Beifall des Parteitags, daß, wenn an den Rechten der Arbeiterchaft gerüttelt werden soll, die Gewerkschaften Schulter an Schulter mit der Sozialdemokratie den Kampf gegen die Unterdrücker aufnehmen werden. Die Gewerkschaftsvertreter wiederholten weiter, daß, soweit es an ihnen liegt, dafür gesorgt wird, daß der Geist des Sozialismus in die Gewerkschaften, wie es bisher schon der Fall war, auch weiterhin hinein-getragen werden sollte.

Der sozialdemokratische Parteitag in Mannheim darf als wichtiger Meilenstein für die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bezeichnet werden.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Zur besonderen Beachtung für die Kassierer.

Die weitere Zuführung von Marken erfolgt erst dann, wenn die vorhergehende Lieferung zum größten Teil bezahlt ist. Wo diesem nicht nachgekommen wird, kann auch die Bestellung des übrigen Materials nicht berücksichtigt werden.

Die Statuten sind in italienischer Sprache erschienen, sollten in einigen Zahlstellen noch welche verlangt werden, so ersuchen wir um Mitteilung. Auch in französischer Sprache werden die Statuten nächstens erscheinen, etwaigen Bedarf wolle man schon jetzt dem Zentralvorstande kundgeben.

Alle Marken werden von jetzt ab nicht mehr versandt, wo noch Kollegen im Rückstand sind, müssen neue Marken geklebt werden.

Korrespondenzen.

Annaberg. Am 24. September tagte in Ladens Restau-rant eine Steinarbeiterversammlung, welche gut besucht war. Gauleiter Kollege Jahn-Dresden referierte über: Die Einrich-tung der Gewerkschaften. Redner ging von der Entstehung der-selben aus, besprach dann die Zustände der Zunjungs- und Junft-zeit und betonte, daß nur auf dem Boden der modernen Gewerkschaftsbewegung etwas zu erreichen sei. Im Gewerkschaftlichen rügte ein Kollege u. a., daß verschiedene Kollegen mit ihren Bei-trägen rückständig sind. Hierauf nahm Jahn das Wort und hielt einen Vortrag über den Verband und seine neuen Einrichtungen. Ferner legte er den Kollegen klar, daß wir nur durch festes Zu-sammenhalten und Lesen der Presse zum Ziele gelangen und ber-sprach dann, noch öfter zu erscheinen, damit mehr Aufklärung unter die Annaberger Kollegen kommt. Der Vorsitzende vom Gewerkschaftsartell war auch zugegen, die Steinarbeiter schlossen sich dem Kartell an. Als Delegierte fungierten die Kollegen Neu-berth und Renuau.

Braunschweig. Am 18. September fand im hiesigen Ge-werkschaftsbaue eine öffentliche Steinarbeiterversammlung statt. Hierzu war der Gauleiter Kollege Biewig aus Hannover erschie-nen und hielt einen sehr lehrreichen Vortrag über das Thema: Die wirtschaftlichen Kämpfe der Gegenwart und die Aus-spernungstaktik der Unternehmer. Redner schilderte zunächst die heutige wirtschaftliche Lage und die Ausbeutung der Arbeiter durch den Kapitalismus und kritisierte hierbei scharf, daß die Regierung dem Kapitalismus dazu Hilfe leistet, indem sie Ge-seße schafft zur Unterdrückung der Arbeiterorganisationen. Während die Versammlungen der Arbeiter scharf überwacht werden, können die Unternehmer Versammlungen und Kongresse abhalten soviel sie wollen, ohne von der Polizei belästigt zu wer-den. Die Unternehmer können Tausende von Arbeitern aus-sperren und brotlos machen, ohne daß die Polizei sich veranlaßt sieht, hiergegen einzuschreiten, während bei Streiks die Streik-posten auf Schritt und Tritt beobachtet werden. Nachdem Red-ner nun die Zuchttauvorlage, sowie die Vorgänge beim Berg-arbeiterstreik im Ruhrgebiet und den diesjährigen Metall-arbeiterstreik einer Kritik unterzogen hatte, besprach Kol-lege Biewig die Organisationen der Arbeiter und die Fundamente, auf welchen diese aufgebaut sind. Vor allen anderen sind die christlichen Verbände diejenigen, welche noch großer Ne-formen bedürfen. Bei Ausspernungen von Seiten der Unter-nehmer machen diese keinen Unterschied zwischen christlich- oder freiorganisierten Arbeitern, sondern sehen beide vor die Tür. Darum weg mit den christlichen Verbänden. Vortragender er-läutert nun in längerer Ausführung das immer stärker an-wachsende der Aktiengesellschaften in unserm Beruf und die hohen Prozente, welche dabei herausgeholt werden sollen. Die Stein-arbeiter haben alle Ursache, den Mandatären der Unternehmer ihre Aufmerksamkeit zu schenken und einen Teil der Prozente in Form von höheren Löhnen für sich zu beanspruchen. Redner schließt seinen mit großem Beifall aufgenommenen 1½stündigen Vortrag mit der Mahnung, alle Mann dem Verbands beizu-treten, die Unwissenden aufzuklären und im Kampfe gegen die Ausbeutung Mut und Ausdauer zu zeigen. Im Gewerkschaft-lichen wurde das Verhalten der beiden Nachkollegen Jakob und Meinede getadelt, weil dieselben den hier streikenden Maurern in den Rücken gefallen sind. Ferner macht einer namens Seuderott, beschäftigt bei der Firma Gothaer Granitwerk, den Organisationsreferent. Die Zureisenden seien darauf besonders verwiesen. Ein Mitglied unsres Verbandes hat er bereits hin-ausgebrängt und will jetzt Sorge tragen, daß Unorganisierte dort anfangen. „Jedes Tierchen hat sein Pfäferchen“, der wird seine Hörner auch noch abstoßen. Die Braunschweiger Kol-legen werden es nicht vergessen.

Frankfurt a. M. Versammlung vom 25. September. Beim Punkt Geschäftliches teilte der Kassierer mit, daß sich die Zah-lstelle Höchst a. M. aufgelöst und der Zahlstelle Frankfurt ange-schlossen habe. Des weiteren teilte er mit, daß Sammellisten ausgegeben werden sollen für zwei Kollegen, die schon jahrelang krank sind. Diesem wurde zugestimmt. Zum 2. Punkt wurde der Antrag des örtlichen Vorstandes, Ausschließung der Arbeits-willigen (Wildhauerstraße) zur Diskussion gestellt. Eine ausge-dehnte Debatte mit dem Resultat, daß folgende Kollegen aus dem Verbands auszuschließen sind: G. Ulrich & a. s. l. e. r.

Jean Holz Müller und Nikolaus Wacker aus Frankfurt, Franz Hornung aus Obermörlen und Georg Ruchs aus Egelsbach. Den übrigen wurde eine Rüge erteilt und ihnen der Rat gegeben, die Solidarität in Zukunft besser zu wahren. Im Verschiedenen teilte der Gemeindefortschrittler, welcher auch Schöffe ist, mit, daß die Wahlen zum Schöffengericht stattfinden und forderte auf, sich als Schöffe zu melden, worauf sich vier Kollegen dazu bereit erklärten. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten und dem Hinweis auf unser am 14. Oktober stattfindendes Stiftungsfest wurde die Versammlung geschlossen.

Freiburg (Baden). Dienstag, den 25. September, fand hier eine Versammlung statt, die angesichts der gespannten Zustände besser hätte besucht sein können. Einige Unternehmer versuchten immer wieder Manipulationen, welche einem Vertragsbruch ver-teufelt ähnlich sehen. Auch ist die Arbeitslosigkeit nicht sehr glänzend und sind einige Kollegen jetzt schon von Arbeitslosigkeit betroffen. Das neue Theater ist wohl schon geraume Zeit an hiesige Meister vergeben, allein der Anfang mit den Arbeiten läßt lange auf sich warten und werden nächsten Schritte unter-nommen werden müssen, um diesen zu beschleunigen. Von der Lohnbewegung in den Zementfabriken berichtet Kollege Droll von einer Unterhandlung mit der Hauptfirma Brenzinger u. Co. Den mit den Meistern in der Sandsteinbranche abgeschlossenen Vertrag wolle dieser Herr in fast allen Punkten anerkennen. Den Lohn, welcher jetzt 55 Pfg. pro Stunde beträgt, will der-selbe auf 60 Pfg. erhöhen. Von einer Arbeitszeitverkürzung von 10 auf 9 Stunden wolle er jedoch nichts wissen, da er der Meinung ist, wenn den Steinhauern die Zeitverkürzung bewil-ligt sei, werden keine andern Arbeiter ebenfalls mit ähnlichen Forderungen kommen. Nach einer Diskussion wurde beschlossen, den Zementfabriken mitzuteilen, daß wir mit den gemachten Zu-geständnissen nicht zufrieden sind und in punkto Arbeitszeit eben-falls Gegenentkommen erwarten. Von Arbeitszeitverkürzung wurde vorläufig Abstand genommen, jedoch wird über die in Ver-tracht kommenden Firmen die Sperre verhängt. Ueber den Kol-legen Grittmann, welcher bei der Firma Helfrich von Kaisers-lautern Arbeit verrichtet, wurde ebenfalls debattiert. Derselbe arbeitet bei dieser Firma weiter und erlaubte sich in hiesigen Wirtschaften verächtliche Redensarten gegen den Vorsitzenden und gegen den Verband, bei dem er durch Beitragszahlen die Mitgliedschaft weiter zu behalten glaubt. Es wird deshalb bei der Zentralkasse der Antrag auf Ausschluß aus dem Verband gestellt. Kollege Droll macht die Kollegen auf die Sonnabend, den 6. Oktober, um 8 Uhr abends, bei Sauto stattfindende Gene-ralsversammlung der hiesigen Zahlstelle aufmerksam. Es müssen alle, auch die Auswärtswohnenden, hierzu erscheinen.

Hamburg II. Am 26. September fand die Monatsver-sammlung statt. Der Vorsitzende erhaltete Bericht vom Kartell und hob hervor, daß Partei und Kartell beschlossen haben, sich nicht in den Bierkrieg einzumischen und nur in den Lokalen zu verkehren, wo kein Bierausschlag stattgefunden habe. Des weite-ren gibt er bekannt, daß sich das Kartell mit den Fortbildungs-vereinen in Verbindung gesetzt habe zum Zwecke weiterer Fort-bildung der Genossen. Da es auch in unsern Reihen an redne-riischen Kräften sehr fehlt, so erucht der Vorsitzende, sich an den in nächster Zeit stattfindenden Kursen recht zahlreich zu betei-ligen. (Die Fortbildungsvereine werden vom Kartell durch einen Jahresbeitrag unterstützt.) Ferner gibt der Vorsitzende den Bericht des internationalen Steinarbeitersekretariats bekannt, welcher von den Kollegen mit großer Aufmerksamkeit aufgenom-men wurde. Betreffs Gauleiter fand eine rege Debatte statt. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „An Anbe-tracht, daß unser Gauleiter im 6. Gau befehdt ist, ist die ge-plante Gauleiter, nach welcher von jeder Marke 2 Pfg. erhoben werden sollen, als durchaus unbedeutend anzusehen. Der Um-stand, daß im früheren 6. Gau, mit welchem wir jetzt verschmolzen sind, bereits eine Gauleiter bestand, kann für uns in keiner Weise maßgebend sein. Sollte nun der Gauleiter durch seine hoffentlich rege Agitation mit seinen Agitationsgeldern nicht aus-kommen, so hat die Zentralkasse die Verpflichtung, etwaige Mehrausgaben zu decken. Aus obigen Gründen (?) erklärten sich die Kollegen von Hamburg II ganz entschieden gegen die Gau-leiter.“ Unter Verbandsangelegenheiten wurde bekannt gegeben, daß für das Wuchelstahlgebiet 25 Mark abgehandelt sind, was die Versammlung für gut befand. Um nun in Zukunft allen per-sönlichen Reibereien aus dem Wege zu gehen, wurde bestimmt, den Punkt Verbandsangelegenheiten wegzulassen. Alle Be-schwerden müssen bei dem örtlichen Vorstand eingereicht wer-den, welcher dann die einzelnen Fälle in den Sitzungen behan-delt. Ferner wurde beschlossen, Fragebogen auszugeben, um feststellen zu können, wieviel Mitglieder der politischen Partei angehören und die Arbeiterpresse lesen. Nach Erledigung eini-ger Werkstattangelegenheiten war Schluß der Versammlung.

Heppenheim. Freitag, den 28. September, fand eine Ge-werbegerichtssitzung statt. Als Vorsitzender fungierte Bürger-meister Höhn, als Beisitzer waren anwesend Schuhmachermeister Meon, Arbeitgeber, und Alois Spagerer, Arbeitnehmer. Der Sachverhalt war folgender: Der Steinhauer Xaber Bergbauer klagte gegen die Firma Denhold Rühl u. Co. um Zahlung von 55,75 Mark wegen Entlassung ohne Kündigung. Die Firma Denhold Rühl u. Co. wurde zu dem Betrag von 55,75 Mark und zu den Kosten verurteilt.

Hertlingshausen. Am 23. September fand beim Kollegen Fischer in Bamfen eine gut besuchte Mitgliederversammlung der Zahlstelle Alteinigen und Umg. statt. Die Tagesordnung lautete: „Weshalb sind wir organisiert? Der Referent, Kollege Willader, Vorstand der Zahlstelle Dürckheim, war auf Wunsch der hiesigen Kollegen erschienen. Willader verstand es, den Kol-legen in 1½stündiger Rede klar zu legen, wie wir uns bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse verschaffen können. In leicht ver-ständlicher Weise machte er den Kollegen begreiflich, daß wir dies nur durch eine gute Organisation, durch eine feste Zusammen-schließung erreichen werden. Er wies auf die Bestrebungen der Unternehmer in ihren Organisationen hin, zeigte an Beispielen, wie alles aufgestellt wird, die Arbeit ertragfähiger zu machen, die Löhne zu reduzieren und die Arbeitszeit zu verlängern. Willader ging dann auf unsre Berufsverhältnisse näher ein und bewies durch seine Ausführungen die Notwendigkeit der Organisation. Den Frauen wurde besonders ans Herz gelegt, daß sie mitwirken und dem Manne kräftig zur Seite stehen sollen. Der reiche Beifall bezeugte, daß die Kollegen mit den Ausführungen ein-verstanden waren. Die Versammlung wurde mit einem Hoch auf den Verband geschlossen.

Königsutter (Braunschweig). Am 19. September fand im Gasthof zu den vier Jahreszeiten eine Mitgliederversamm-lung statt. Gauleiter Biewig referierte über die Lage der Ralf-steinarbeiter in Königsutter. Die Darstellungen wurden von der leider nur mäßig besuchten Versammlung mit großem Inter-esse verfolgt. Die hiesigen Kollegen waren im vergangenen Früh-jahr zu der Ueberzeugung gekommen, daß es ohne die Organi-sation nicht mehr ging, denn die Unternehmer machten von Jahr zu Jahr Abzüge, namentlich bei den Brechern; diese betamen schon vor zehn Jahren für ein Kubikmeter 100 Zent-nern gerechnet, 3 Mark. Doch ist der Preis jetzt von den Unter-nehmern bis auf 2,50 Mark reduziert. Infolgedessen wollten sich im März dieses Jahres 34 Kollegen, welche zum großen Teil gelernte Maurer sind, in den Zentralverband der Maurer an den Steinarbeiterverband betreiben und traten demselben auch bei. Die junge Zahlstelle hat sich nun durch rege Agita-tion an Mitgliederzahl verdoppelt, so daß jetzt sämtliche Ab-räumer, Brecher, Bossierer und Rampenarbeiter dem Verbands angehören. Die Kollegen reichen nun im August einen Tarif bei den Unternehmern ein, worin eine Erhöhung der einzelnen Akkordsätze gefordert wurde, welche vom 15. September ab zu zahlen seien. Die Unternehmer antworteten darauf in Form

eines Schreibens, in dem sie wohl etwas bewilligten, womit aber die Kollegen sich nicht einverstanden erklärten, da die Auf-besserung erst am 1. Januar 1907 beginnen sollte. Also mitten im Winter, der flauesten Periode in der Ralfsteinindustrie. Als nun am 26. August unser Gauleiter anwesend war und in Gemeinschaft mit der Lohnkommission mit den Bruchhebern ber-handeln wollte, erklärten diese rundweg, daß sie nur mit ihren Leuten verhandeln würden. Die Herren wurden jedoch durch das energische Auftreten des Gauleiters eines besseren belehrt, so daß nach mehrstündiger Unterhandlung 15 bis 20 Prozent Erhöhung der einzelnen Akkordsätze, welche vom 1. Oktober an zu zahlen seien, vereinbart wurden. Der Vertrag gilt auf ein Jahr, und wenn derselbe nicht von einer Seite vier Wochen vor Ablauf der Frist gekündigt wird, auf ein weiteres Jahr. Die Brecher und Bossierer erklärten sich mit dem Tarif einber-standen. Die Abräumer, welche in einigen Brüchen den ver-einbarten Lohn schon länger erhielten, legten am 27. August die Arbeit nieder. Die Unternehmer Gemeinde und Schrader er-lärten hierauf, fünf Fennige auf den Kubikmeter zuzulegen, so daß jetzt ein Einheitspreis von 85 Pfg. festgelegt wurde. Bis-her bestanden die Lohnsätze von 65, 70, 75 und 80 Pfg. Die beiden genannten Unternehmer hatten den Tarif unterschrieben, doch der dritte, Freitag mit Namen, war damit nicht einber-standen und meinte, er ließe sich vom Verbands keine Vor-schriften machen, er hätte mit seinen Leuten schon abgemacht, was er zahlen wolle. Als nun Gauleiter Biewig am 10. Sep-tember nochmals anwesend war, hat derselbe auch diesen Herrn dazu befehrt, den Tarif zu unterschreiben. Wenn nun auch noch nicht alle Wünsche der Kollegen erfüllt sind, können sie doch vor-läufig mit dem Erreichten zufrieden sein, da dieses ohne Kampf errungen wurde. Und wenn die Kollegen das Sprichwort be-herzigen: Einigkeit macht stark, so werden auch die noch herr-schenden Mängel in Zukunft beseitigt werden.

Mittelsteine. Am Sonntag, den 23. September, hielten die hiesigen Steinarbeiter eine Distriktsversammlung in Villa Nova ab. Der Besuch derselben ließ viel zu wünschen übrig, hauptsächlich von Mittelsteine. Als Referent war Gauleiter Lohse aus Striegau erschienen. Er hielt einen lehrreichen Vor-trag über Volkswirtschaftliches und über die Bundesratsverord-nung. Sein 1½stündiger Vortrag wurde mit lebhaftem Bei-fall aufgenommen. Im Punkt Verschiedenes wurde von einem Kollegen der Antrag gestellt, in nächster Zeit einen böhmischen Referenten zu bestellen, damit sich die böhmischen Kollegen in ihrer Muttersprache einmal richtig aussprechen können. Diesem Antrag wurde zugestimmt. Ein anderer Antrag auf Abhaltung eines Herbstversammlungsbesuches der Mittelsteiner Kollegen. In den Versammlungen sieht man immer dieselben Gesichter. Zum Schluß wurden die Kollegen ermahnt, in ihrem eignen Inter-esse für Abänderung zu sorgen. Mit einem Hoch auf die freien Gewerkschaften war Schluß der Versammlung.

Strehlen. Am 24. September fand im Lokal bei Herben eine gut besuchte Steinarbeiterversammlung statt. Vorsthen-der Barta sprach über die Entwicklung der Zahlstelle und gab der Versammlung den Geschäftsbericht vom verfloffenen Jahre be-kannt. Unsr Zahlstelle besteht jetzt ein Jahr; wir hatten mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen, da die Unternehmer, wie schon in früheren Jahren, alles aufboten, um unsre Zahlstelle zu vernichten; andererseits wurde den Arbeitern durch die Schif-anerungen und fortwährenden Lohnherabsetzungen die Notwen-digkeit der Organisation geradezu eingetrichtert. Die umliegen-den Ortschaften gehören alle unsrer Zahlstelle an. Die örtliche Krankenunterstützungseinrichtung bewährt sich sehr gut und zeigt sich als Bindemittel für die Mitglieder. Bei unsrer gestellten Lohnforderung wurde der Prozentschlag sowie die freie Schmiedeschärfe von der Firma Schall abgelehnt und das Ver-sprochen wird auch nicht eingehalten, denn es werden für ein und dieselbe Arbeit verschiedene Preise gezahlt. So zum Bei-spiel erhalten zwei Kollegen für den Quadratmeter 2 Mk., einige andre 2,75 Mk., trotzdem nebenbei einer 52 und einer 57 Qua-dratmeter für die Fußer gebrochen hat. Was den Arbeitern von den Bruchmeistern für Aufräumungsarbeiten an Stunden-lohn zugesprochen wird, streicht ganz einfach der Buchhalter und die Arbeit wird gratis gemacht. Auf diese Weise suchen die Herren Unfrieden zu stiften, was ihnen nicht gelingen soll. Auch die Arbeiter von Niddasdorf versprachen sich etwas Besseres von ihrer Firma; sie glaubten, daß ihnen infolge der Teuerung die Schmiedeschärfe bewilligt wird, welche pro Woche 30 Pfg. bis 1 Mk. beträgt. Erst auf den zweiten Brief erhielten sie die Ant-wort: Die Firma wäre damit einverstanden, wenn es Herr Schall auch bewilligen würde. Diese Firma gibt in den Lohn-büchern bekannt, daß sie ihren Arbeitern zu Weihnachten Ge-schenke auszahlt. — In beiden Brüchen wird die Arbeit anders bezahlt, in Gortau alles nach Gewicht und nur volle Zentner werden berechnet, in den übrigen Brüchen wird anstatt nach Quadratmeter nach Kubikmeter abgenommen. Natürlich häuft sich das Jahr über das Uebergewicht und Uebermaß an. In Niederzorf finden wir die miserabelsten Verhältnisse; Wochen-löhne bis zu 5 Mk. herunter, dazu werden sie nur alle 14 Tage ausgezahlt. Jeder Steinarbeiter wohnt bei einem Bauer und kann sich nicht frei bewegen. Der Unternehmer fördert den Schnapssteufel durch die am Orte eingerichtete Kantine; die Arbeiter müssen den Schnaps sogar noch um ein Drittel teurer bezahlen, als wie der Einkaufspreis ist. Ob der Unternehmer überhaupt Konzeffion hat? Hoffentlich gelingt es uns, für Strehlen und Umgegend durch festen Zusammenschluß bessere Verhältnisse zu schaffen. In unsrer Zahlstelle sind im Laufe dieses Jahres 112 Briefe und Karten und 4 Telegramme ein-gegangen; ausgegangen sind 164 Briefe und Karten und 7 Tele-gramme. In der Zahlstelle wurden 15 Steinarbeiterversamm-lungen abgehalten, 13 in Lokalen und 2 unter freiem Himmel, 3 ohne und 12 mit Referenten, außerdem 23 Besprechungen in der Umgebung. Die Mitgliederzahl beträgt 497. Auch für Agi-tation wurde viel Zeit seitens des Vorsitzenden verwendet; an Beispielen erläutert dieser die Touren. In der Diskussion sprach Gauleiter Lohse noch eingehend zum Geschäftsbericht; er freute sich über die Entwicklung der Zahlstelle und legte den Anwesen-den klar, warum von der Organisation keine weiteren Schritte von unsrer Lohnforderung unternommen wurden. Zum zweiten Punkt referierte er über die soziale Gesetzgebung, ging auf die Unfallberühungsvorschriften ein, streifte die Betriebskrankenkasse. Wie schwer es einem fällt, Rente zu empfangen, beweise der Fall des Kollegen Gottlieb Gnädig, der seinem Leben durch Erhängen ein Ende machte. Für seinen einstuündigen Vortrag erntete Redner lebhaften Beifall. Im Verschiedenen wurde scharf kritisiert, daß die hiesigen Unternehmer die Steinarbeiter, wel-chen es nicht möglich war, bei heftigem, anhaltendem Regen weiter zu arbeiten, in eine exemplarische Strafe genommen haben; hoffentlich werden es auch die Verbands begreifen und sich dem Verbands anschließen. Der Arbeiterauschutz wurde beauf-tragt, wegen den fehlenden Schuttdächern vorstellig zu werden. Im Falle sich die Unternehmer ablehnend verhalten, soll der Vor-sitzende das Weitere veranlassen.

Striegau. In einer von ca. 130 Kollegen besuchten Mit-gliederversammlung referierte Kollege Lohse über: Die Bun-desratsverordnung und ihre Einhaltung in den hiesigen Betrie-ben. In längerer Ausführung wies Redner auf die Entwick-lung der Arbeiterorganisationen hin, sowie auf ihre Bestrebun-gen, durch einen genügenden gesetzlichen Arbeiterschutz und Ver-kürzung der Arbeitszeit die Lebenshaltung und das geistige Niveau der Arbeiterklasse zu heben. Wie notwendig dieses ist, beweisen uns die Kollegen, wo lange Arbeitszeiten üblich sind. Niedrige Löhne und ein kultureller Tiefstand der wertvollen Be-völkerung sind die natürlichen Begleitererscheinungen, wogegen die verkürzte Arbeitszeit dem Arbeiter Gelegenheit bietet, sein Wis-

ten und Können zu bereichern. Eine Hauptaufgabe unserer Organisationen ist, einen weiteren Ausbau des gesetzlichen Arbeitsschutzes zu erstreben. Auch für unsern Beruf war es von dringender Notwendigkeit, durch gesetzliche Schutzbestimmungen die Steinarbeiter wenigstens etwas vor der Profitgier und Ausbeutung der Unternehmer zu schützen. Auf Grund der statistischen Erhebungen unserer Organisation, welche die gesundheitsgefährliche Bearbeitung des Sandsteins, sowie die große Unfallgefahr in der Granitindustrie nachweisen, wurde 1902 die Bundesratsverordnung erlassen. Wenn man aber denkt, daß diese Bestimmungen von den hiesigen Unternehmern befolgt werden, so irrt man sich gewaltig. Schutt wird nur in den allerwichtigsten Fällen von den Werkplätzen weggeräumt, das tägliche Reinigen der Frühstücksbuden vermisst man in verschiedenen Betrieben, Ueberstunden werden fast immer ohne Aufsicht ausgeführt, Schutzhelme werden wohl geliefert, aber für die Verbesserung derselben wird nicht gesorgt, so daß von einem strikten Einhalten der bundesrätlichen Bestimmungen nicht gesprochen werden kann. Die revidierenden Gewerbeaufsichtsbeamten konferenzieren wohl bei ihrem Erscheinen, angelegentlich mit den Unternehmern und deren Angestellten, daß sich aber diese Herren mehr bei den Arbeitern nach den Mißständen in den Betrieben erkundigen, wird selten wahrgenommen. Aus diesem Grunde bleibt es dann eben unsere Pflicht, ständig für die Innehaltung der gesetzlichen Schutzbestimmungen einzutreten. Zum 2. Punkt gab Kollege Rieger die Abrechnung für Juli-August, deren Richtigkeit sowie ordnungsgemäße Uebergabe an Kollegen Lohse von den Revisoren bestätigt wurde. Bei der hierauf erfolgten Neuwahl der Ortsverwaltung wurde als Stellvertreter des Kollegen Lohse Kollege G. Rieger und als Schriftführer Kollege W. Bandach gewählt. In die Gauleitung wurden gewählt Kollege Lohse als Gauleiter, Ernst Grüttner als Schriftführer und F. Kaufmann als Kassierer. Nachdem Kollege Lohse die Anwesenden ersucht hatte, ihm bei seiner schweren Agitationsarbeit hilfreich zur Seite zu stehen, erfolgte Schluß der gut verlaufenen Versammlung.

Um a. D. Versammlung vom 21. September. Nach Erledigung des Geschäftlichen wurde das Resultat der bei der Firma Schment vorstellig gewordenen Kommission zur Kenntnis gebracht. Es soll kein Kollege mehr unter 50 Pfg. für die Stunde entlohnt werden, auch wenn er im Afford den Lohn nicht erreicht; auch soll denjenigen, welche früher weniger erhielten, das Fehlen nachbezahlt werden. Das Verhalten des dortigen Poliers Weimar, früheres Verbandsmitglied, verdient in richtiger Weise Beachtung zu werden. Die Preisnormierung der Kubikmeter und das Verweigern der Abschlagszahlung wurde entsprechend kritisiert. Auch sonst ist Herr Weimar für Kleinigkeiten mit Strafen bestraft worden. Drei alte Kollegen hat er dazu gebracht, Seimararbeit zu verrichten. Diese erhielten in die eine halbe Stunde entfernte Vorstadt eine größere Lieferung Baluster, welche sie nach Feierabend und Sonntags im Keller eines Kollegen überarbeiteten und für das Stück 1.20 Mark erhielten. Nachdem ihnen die Sache nicht mehr ganz geheuer war, wurde die Seimararbeit nach Beendigung der Lieferung wieder eingestellt. Sodann kommt der Beschluß des Ausschusses in der Angelegenheit des Kollegen Haar zur Unterbreitung. Nach eingehender Prüfung der Angelegenheit können die Ulmer Kollegen sich nicht davon überzeugen, daß Haar der Zahlstelle Stuttgart noch etwas zurückzahlen habe. Die Angelegenheit ist somit für uns erledigt. Das Verhalten des Kollegen Bebel wurde noch bekannt gegeben, welcher, zum Beitritt aufgefordert, erklärte: Laßt mich doch mit Eurem Wettverband in Ruhe!

Wurzen. Wir wollen auch an dieser Stelle nicht unterlassen, die Kollegen aus dem Wurzener Gartengebiet auf die sehr wichtige vierteljährliche Bezirksversammlung, die in Wurzen am 14. Oktober stattfindet, aufmerksam zu machen. Insbesondere werden die Ortskassierer ersucht, energisch mit der Agitation für die Versammlung einzusetzen. Denn außer dem für jeden Kollegen wichtigen Referat wird auch der Kassenbericht gegeben. Kein einziger darf fehlen!

Rundschau.

Tarifgemeinschaften. Ueber die hohe Bedeutung der Tarifgemeinschaften für die Arbeitgeber sowohl als auch für die Arbeiter lassen sich teilweise die Berichte der Fabrikinspektoren für das Jahr 1905 näher aus. In dem Jahresberichte der württembergischen Gewerbeinspektion heißt es z. B.: „Die Tarifverträge bringen in der Tat für die Arbeiter und für die Unternehmer große Vorteile. Den Arbeitern ist ein bestimmter sicherer Lohn garantiert, dessen Höhe sie mit bestimmt haben; die Unternehmer können für die Zeit der Gültigkeit des Tarifvertrages bei ihren Kalkulationen mit bestimmten Löhnen rechnen. Durch den Abschluß eines korporativen Arbeitsvertrages gewinnt der Verkehr zwischen Unternehmern und Arbeitern an Ruhe und Sachlichkeit, so daß auch nach Ablauf des Tarifvertrages der Abschluß eines neuen wesentlich erleichtert wird. Wenn die tariflichen Abmachungen von beiden Seiten loyal eingehalten und regelmäßig erneuert werden, so bildet sich ein Gemeinschaftsgefühl zwischen beiden Teilen aus, was insbesondere auch für den guten Fortgang des Geschäftes von großem Werte ist. Der Tarifvertrag scheint die geeignete Rechtsform und der richtige Weg dazu zu sein, um den Arbeitern den ihnen gebührenden Einfluß auf die Gestaltung der Arbeits- und Lohnverhältnisse zu gewähren. Ein weiterer äußerer Ausbau der Tarifgemeinschaft besteht darin, daß der Tarifvertrag auf möglichst viele Unternehmungen desselben Industriezweiges innerhalb ganz Deutschland erstreckt wird, wobei eine Berücksichtigung der lokalen Verhältnisse wohl möglich ist. Nach innen kann der Tarifvertrag durch Einsetzung von gegenseitigen und gemeinschaftlichen Organen, insbesondere von Schlichtungsinstanzen, vervollkommen werden. Ein leuchtendes Vorbild im Ausbau des Tarifvertrages ist ja der Buchdrucker-tarif.“ Sehr beachtenswert ist ferner der Bescheid der bayerischen Regierung auf den Bericht der Gewerbeaufsichtsbeamten. Wie bekannt, ist der sogenannte Tarif-erlaß der bayerischen Regierung vom 2. März 1905 Gegenstand vieler Angriffe aus Unternehmerrreisen geworden. Diesen zum Troste sagt nun der Ministerialbescheid folgendes: „Die Bedeutung der Tarifverträge für stabile, beiden Seiten Vorteile sichernde Arbeitsverhältnisse wird trotz mannigfacher Anfechtungen immer mehr anerkannt und ist deren Zahl in stetem Wachsen begriffen. Voraussetzung für den Wert der Tarifverträge bleibt, daß dieselben aus freiwilligen, die Interessen beider Parteien während Vereinbarungen hervorgegangen sind, und daß hierdurch auch deren genaue beiderseitige Beachtung verbürgt wird. In diesem Sinne aufklärend und anregend zu wirken, wird eine der vornehmsten Aufgaben der Gewerbeaufsichts-beamten zu bilden haben.“

Die Fleischnot. Die Arbeiter der Stadt Köln, die sich in großer Zahl den gewerkschaftlichen Verbänden, insbesondere dem Gemeindegewerkschaften wie auch der „christlichen“ Organisation der Hilfs- und Transportarbeiter, angeschlossen haben, fordern seit lange eine gründliche Verbesserung ihrer Arbeitsverhältnisse, besonders der Löhne. Gegenwärtig befindet sich eine Rathhauskommission, in der die Zentrumsleute den Ton angeben,

im Zustande der „Erwägungen“, und zwar so „gründlich“, daß es selbst den geduligen „christlichen“ organisierten Arbeitern zu lange dauert. In einer Sitzung des Arbeiterausschusses der Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke der Stadt Köln erklärte dieser Tage ein dem genannten „christlichen“ Verbände angehörendes Ausschussmitglied: Es sei unbedingt nötig, daß die Lohnforderungen alsbald bewilligt würden; er komme als Familienvater mit seinem Kopfe nicht aus. Genötigt durch die hohen Fleischpreise, habe er zum Gebrauch des Pferdefleisches gegriffen; aber auch dazu habe das Geld nicht gelangt, und so habe er mit seiner Familie Freibankfleisch genossen. Infolgedessen aber seien seine Familienangehörigen erkrankt.

Der Mann mag sich bei seiner eigenen Partei, dem Zentrum, bedanken, ohne dessen bahnbrechende Tätigkeit auf dem Gebiete des Lebensmittelwunders und der Grenzperre die heutige Fleischnot nicht vorhanden wäre.

Bekanntmachungen der Vertrauensleute.

Berlin II. Der nächste Zahltag findet am Sonnabend, den 6. Oktober, von 8 bis 11 Uhr bei Glaue statt. Um eine glatte Abrechnung herbeizuführen, ist es notwendig, daß alle referierenden Kollegen an diesem Zahltag ihre Bücher in Ordnung bringen. Meuser, Kassierer.

Quittung.

Eingegangene Gelder vom 24. bis mit 29. September 1906. (Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Feiertagsmarken, E. = Eintrittsmarken, D. = Delegiertensteuermarken, Ers. = Ersatzmarken, Z. = Zeitungsmarken, Ab. = Abonnement, Ins. = Inscrute, Erw. = Erwerbsteuernmarken, M. = Material, Pr. = Protokolle.)

Schanbau, B. 6.80; Walsrode, B. 6.60; Burtshube, B. 2.85; Altelingingen, B. 16.50; Alschaffenburg, B. 36.33, Z. 5.—, M. 1.80; Baugen, B. 70.—, Erw. 10.—; Kappelrodeck, B. 48.30, Erw. 1.70; Gangesalza, B. 138.—, M. 0.60, Erw. 3.—; Naab, B. 6.80; Posta, B. 1260.—, E. 18.—, M. 5.—, Erw. 30.—; Reiffenhäuser, B. 64.10 (?); Neustadt i. Schl., B. 8.35; Garburg, B. 3.60; Potsdam, E. 0.50, Z. 1.50; Reiffenhäuser, B. 84.—, M. 3.—; Seidmannen 126.—, Erw. 10.—; Schönberg, B. 64.68, E. 0.50, M. 1.50, Ab. 0.65, Erw. 1.50; Offenbach, B. 92.—, M. 2.—; Meh., B. 216.—, E. 20.—, M. 12.—, Erw. 10.—; Konstantz, B. 126.—, M. 4.25; Seppenheim 210.— (?); Seilbrunn, B. 9.97, Erw. 1.90; Albenborn, B. 75.60, E. 0.50, M. 0.20, Erw. 0.50; Bremen, 420.95 (?); Barbiß, B. 10.80, E. 12.—; Chemnitz, B. 476.75; Köln I, B. 480.24; E. 15.—, M. 9.—, Erw. 20.—; Erstein, B. 24.78, Erw. 2.—; Samburg I, Erw. 0.30; Lübeck, B. 184.—, M. 5.—; Mühlhausen i. Cf., B. 138.—; Münn-

berg, B. 458.16, E. 12.50, M. 7.90; Seebach, B. 276.—; Schwarzenbach, B. 460.—, Erw. 10.—; Striegau, B. 1455.30, M. 0.30; Wiesbaden, B. 276.—, E. 2.—, M. 6.—, Erw. 2.60; Walsbörn, B. 29.40, E. 1.50, M. 4.30, Erw. 30.—; Breslau, B. 5.60; Dahme, B. 4.40; Wilmann, B. 96.60; St. Johann 108.— (?); Sebnitz, B. 11.50; E. 11.50; Sackisch, B. 189.—, E. 1.—, M. 0.30; Freiburg, B. 460.—; Colmar 130.— (?); Weicha, B. 53.44, D. 0.50, Z. 8.50; Berlin II, B. 920.—, E. 15.—; Gera, B. 125.58, E. 3.50, Erw. 0.50; Kellheim, B. 226.—, M. 4.25, Erw. 10.—; Kiel I, B. 276.—, M. 7.80, Erw. 20.—; Kiel II, B. 80.96, M. 5.60, Erw. 0.80; Seuffen, B. 680.—, E. 7.—, M. 7.20, Erw. 5.—; Wolgast, B. 138.—, M. 2.80; Walsrode 10.— (?); Leipzig (Kochliger), B. 10.35; Hüften, B. 1.10; Paderborn, B. 5.30; Wilsen, B. 6.05; Delitzsch, B. 7.15; Zwickau, B. 45.80, D. 0.50, Z. 0.50, Erw. 0.60; Unsen, B. 210.—, E. 6.50; Nürnberg, Erw. 10.—; München, B. 492.66, Erw. 6.30; Gooß I 208.65 (?).

Für die freireisenden Kollegen im Muschelkalkgebiet sind für Extra-Unterstützung eingegangen: Minden i. Westf. 6.40, Breslau II 14.30, Wittenberg 5.80, Essen 36.20, Königsbrück 10.60, Wilmann 22.10. Ludwig Geiß, Kassierer.

Adressen-Änderungen.

Aue i. Erzgeb. Kassierer: Hermann Reinhädel, Bodau, Nr. 117c.

Mühlheim a. d. Ruhr (neue Zahlstelle im 7. Gau). Vorsitzender: Fritz von Roth, Mühlheim-Speldorf, Parallelstraße 27. Kassierer: Martin Luige, Mühlheim-Broidt, Kronenstraße 7.

Sebnitz i. S. (neue Zahlstelle im 3. Gau). Vorsitzender: Max Richter, Herligswalde bei Sebnitz.

Seibach i. S. (neue Zahlstelle im 3. Gau). Vorsitzender: Gustav Al.

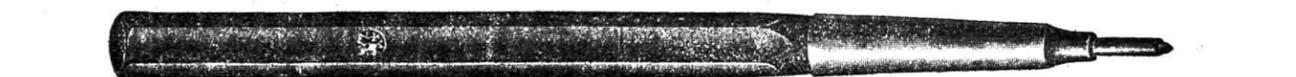
Wolfshagen (neue Zahlstelle im 7. Gau). Vorsitzender: Joseph Laux, Niederbreisig. Kassierer: Math. Söller, Niederbreisig, Busselstraße 12.

Wolfshagen (neue Zahlstelle im 6. Gau). Vorsitzender: Heinrich Pagen, Nr. 69. Kassierer: Wilh. Klingebiel, Nr. 75.

Briefkasten.

Berlin II, D. Wenn Du glaubst Beschwerden gegen die Redaktion zu haben, wegen Kürzung Deiner Berichte usw., dann wende Dich an die Preßkommission. Der Artikel wird abgelehnt. Deine Meinung über die Streikstatistik bringe in der Versammlung von Berlin I zur Sprache, dort wird Dir schon die nötige Aufklärung werden.

Anzeigen



Schreib-Diamanten unter Garantie

à 4.—, 5.—, 6.—, 7.—, 8.— Mk. Diamantwerkzeuge für alle Industriezwecke.
Friedrich Loeser, Karlsruhe i. Baden, Gerwigstrasse 35.

Achtung! Zahlstelle Wurzen. Achtung!

Sonntag, den 14. Oktober, findet in Wurzen im Etablissement Schützenhaus die

2. grosse Bezirksversammlung

- statt.
- Tagesordnung:
1. Vortrag über: Partei und Gewerkschaft. Referent Paul Starke-Leipzig.
 2. Geschäfts-, Kassen- und Revisorenbericht.
 3. Verschiedenes.

Pflicht aller Kollegen aus dem ganzen Bezirk ist es, in dieser sehr wichtigen Versammlung zu erscheinen.

Zahlstelle Wurzen.

Sonntag, den 7. Oktober

Deffentl. Steinarbeiterversammlung

im Gasthof Kobershain.

Pflicht aller Kollegen von Kobershain, Schöna, Langenreuthenbach und Umgegend ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Die Ortsverwaltung.
S. H. R. Road.

Meissen II.

Sonntag, den 7. Oktober, nachm. 1/2 Uhr

Steinarbeiter - Versammlung

im Gasthof Nieschütz.

Alle Kollegen werden dringend ersucht, pünktlich zu erscheinen sowie die Verbandsbücher und Streikkontrollkarten mitzubringen.
B. Wolf.

Steinarbeiter Berlins und Umgeg.

Sonnabend, den 20. Oktober

Grosses Herbstfest

in W. Noacks Festsälen

Brunnenstraße 16

Konzert, Theater-Aufführung, Festball.

Anfang des Konzerts 8 Uhr, der Vorstellung präzis 8 1/2 Uhr.

Ende ???

Zahlreiche Beteiligung erwartet Das Komitee.

6 tüchtige Steinmetzen

für dauernde Arbeit sofort gesucht.

Lindlar Sandsteinwerke in Lindlar.

Bahnstation Engelskirchen.

Kollege Hans Panzer, wo bist du?

Es bittet um Deine Adresse Michael Meisel, Steinmetz, Hamburg, GutsMuthsstraße 11.

Albert Baumann

Aue (Erzgeb.)

Preisliste

über alle

Steinmetz-Geschirre

versende

gratis.

Laubsägerei

Kerbschnitzerei, Holzbrandmalerei

Liefert am billigsten sämtliche Werkzeuge, Vorlagen, Holz usw.

J. Brendel, Maxdorf 35 (Walg.).

Katal. über 2000 Abbildg. geg. 40 Pfg. in Briefm. franko.

Laubsägeholz per qm von 1 Mt. an.

Anlässlich meiner Abreise nach Amerika sage ich allen bekannten Kollegen, insbesondere den Mitgliedern der Zahlstelle München, **Lebewohl!**

Johann Pfaller, Steinmetz.

Die Vertrauensleute werden ersucht, die Adresse des Steinmetzes **Georg Hauk**, geboren zu Eschenbach a. M., zuletzt wohnhaft in Kirchbach (Bayern), an Unterzeichneten gelangen zu lassen. Es handelt sich um Familienangelegenheiten.
Friedr. Heil, Dresden, Burschardsstraße 15, IV.

Dankbarkeit

veranlaßt mich, gern und kostenlos allen Lungen- und Halsleidenden mitzutheilen, wie mein Sohn, jetzt Lehrer, durch ein einfaches, billiges und erprobtes Naturprodukt von seinem langwierigen Leiden befreit wurde.
K. Baumgard, Galmert in Neubert bei Karlsbad.

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir kostenlos alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb 10 Tagen nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird.)

Leipzig I. Am 19. September starb unser Kollege **August Bürgel** im Alter von 31 Jahren 5 Monaten; am 22. September starb unser Kollege **Oskar Willer** im Alter von 45 Jahren 8 Monaten; beide an der Berufskrankheit.
Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Siebold, Leipzig.
Verlag von Paul Starke in Leipzig.
Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Der erste gewerkschaftliche Unterrichtskursus.

II.

Ueber den gewerblichen Arbeitsvertrag sprach in recht gründlicher Weise Genosse Kagenstein. Der Vortragende war längere Zeit Arbeitersekretär und ist somit mit der gewerblichen Rechtsprechung usw. aufs innigste vertraut, theoretisch-juristische Auseinandersetzungen hätten den Hörern auch nicht viel genützt. Das Thema, das Kagenstein behandelte, ist besonders schwierig und zwar deshalb, weil die gewerbliche Spruchpraxis in Deutschland eine ungeheuer schwankende ist. Es sei beispielsweise bloß auf die kündigunglose Entlassung verwiesen. Wo oftmals die Gründe so klar liegen, daß der Arbeitgeber kein Recht hatte auf Lösung des Arbeitsvertrages ohne Kündigung, da kommt so manches Gewerbegericht zur gegenteiligen Auffassung. Kagenstein behandelte in seinen Vorträgen folgende Hauptpunkte:

1. Wesen des Arbeitsvertrages. 2. Inhalt des Arbeitsvertrages. 3. Voraussetzungen des Arbeitsvertrages. 4. Der Arbeitslohn. 5. Bestimmungen zum Schutze des Arbeiters. (Hier kommen insbesondere die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches in Frage.) 6. Das Arbeitsverhältnis in der Großindustrie. 7. Der kollektive Arbeitsvertrag. 8. Die Rechtsverfolgung. 9. Die Rechtsstellung der Gewerkschaften und 10. Die Vorbildung des Arbeitsvertrages durch Kollektivvertrag und öffentliches Recht.

Diese geordnete Gruppierung zeigt, daß der Vortragende seine Materie eingehend durchgearbeitet hat.

Dasselbe können wir auch über die Vortragenden sagen, die die soziale Gesetzgebung behandelten. Auch hier waren die geeigneten Personen als Referenten gewonnen, nämlich die Sekretäre vom Zentral-Arbeitersekretariat, die Genossen Robert Schmidt und Bauer. Der erstere behandelte die Unfall-, letzterer die Kranken-, Invaliditäts- und Altersversicherung. Beide haben, da sie sehr häufig als Vertreter in Unfallsachen vor dem Reichsversicherungsamt auftreten, eine eingehende Kenntnis über die Spruchpraxis desselben, und das kommt den Hörern sehr zustatten. Was würde allein der Hinweis auf die einzelnen Paragraphen nützen, wenn die Judikatur des Reichsversicherungsamtes außer acht gelassen würde. Und hierin gewannen gerade diese Vorträge an Wert, indem sehr häufig auf solche grundlegende Entscheidungen verwiesen wurde.

Genosse Eduard Bernstein behandelte die Gewerkschaftsbewegung des Auslandes. Man wird einwenden, vielleicht sei es nicht einmal nötig, dieses Thema in das Programm des Unterrichtskursus aufzunehmen, wer sich darüber informieren will, benutze die einschlägige Literatur. — Hier haperts eben sehr beträchtlich. Die Auslandsliteratur über die Gewerkschaftsbewegung ist sehr spärlich; über die englische ist zwar sehr viel geschrieben, meistens von bürgerlichen Literaten, daher sehr widersprüchlich, und in den andern Ländern ist die Gewerkschaftsbewegung meist noch jungen Datums, von einer brauchbaren Literatur kann dort überhaupt keine Rede sein. Was dann eventuell vorhanden ist, harret noch der Uebersetzung, wenn sich eine solche überhaupt lohnt. Die Gewerkschaftsbewegung des Auslandes zu kennen, ist aber für uns ebenfalls von großer Wichtigkeit. Zunächst behandelte Bernstein die englischen Gewerkschaften, leider war die Zeit recht knapp, um recht eingehend darüber reden zu können. Bernstein hat allerdings eine mehr geschichtliche als kritische Darstellung entworfen. Und doch wäre es in vielen Fällen notwendig gewesen, mit den deutschen Gewerkschaften eine Parallele zu ziehen, um auf diese Weise so viele Eigenartigkeiten der englischen Gewerkschaften begreifen zu können. Grundsätzlich hätte beispielsweise das Kapitel: Die Annäherung der Gewerkschaften zur sozialistischen Partei gewürdigt werden müssen. — Was Bernstein über die französischen Gewerkschaften sagen mußte, war gerade nicht sehr erfreulich. In Frankreich fehlt es an der nötigen Zentralisation. Organisationen mit föderativem Charakter werden niemals so schlagfertig und so gewuchert im Angriff und insbesondere in der Verteidigung sein können,

als wie die Zentralorganisationen. Gewiß hatte Bernstein recht, wenn er sagte, die Gewerkschaftler rücken in Frankreich von der sozialistischen Fraktion immer mehr ab, aber als Grund hätte er ruhig angeben können, daß daran die sozialistische Fraktion selbst schuld ist. Wenn diese in der Deputiertenkammer für die Militär-, Marine- und Kolonialkredite, für Geheimfonds usw. stimmt, so ist die Stellung der Gewerkschaftler zwar begreiflich, aber darum noch nicht zu billigen. In Frankreich gingen die sozialistischen Fraktionen in ungezählten Fällen mit der Regierung, aber dieselbe Regierung knüttelte bei Streiks die kämpfenden Proletarier mehr als einmal durch die Soldateska nieder. Ein solches Verhältnis zwischen Gewerkschaften und Partei ist bedauerlich und beide Gruppen haben in ihrer Entwicklung sehr darunter zu leiden. Wir können die Ansichten des Genossen Bernstein nicht teilen, wenn er meinte, diesen Gegenstand hätten mehr einzelne Führer in beiden Lagern hervorgebracht. Für eine kurze Zeit mag eine solche Bevormundung möglich sein, aber auf die Dauer läßt sich das organisierte Proletariat von etwaigen Querulanten nicht leiten. Wir haben bloß durch etliche Worte unsere gegenteilige Meinung zu Bernsteins Vorträgen angedeutet, fügen aber hinzu, daß uns, allgemein genommen, dieselben sehr befriedigt haben. Nicht vergessen soll sein, daß Bernstein die vielen Anfragen in der überaus freundlichsten Weise beantwortete. Wir konnten es dem Vortragenden nachfühlen, wenn er zum Schluß meinte, in den paar Stunden war ich nicht im entferntesten in der Lage, das geichtete Material vorzutragen.

Als Vortragender über: Die gewerkschaftliche Literatur, war Sassenbach, Mitglied der Generalkommission, aussersehen. Er besprach die hervorragendsten literarischen Erscheinungen auf gewerkschaftlichem Gebiet, er stützte sich dabei allerdings zu stark auf das sogenannte „Vorwort“ der betreffenden Werke. — Hoffentlich wird in Zukunft mehr der eigentliche Inhalt berücksichtigt, denn im Vorwort kommen die schwachen, zur Kritik herausfordernden Stellen doch nicht zur Geltung, weil der Verfasser das Vorwort doch gewöhnlich selber schreibt. Wenn Sassenbach weiter meint, die einzelnen Organisationen sollen ihre Geschichte von angehenden bürgerlichen Gelehrten schreiben lassen, weil diese zur Geschichtsschreibung die nötigen Vorkenntnisse hätten, so sind wir anderer Meinung und zwar der, daß die Gewerkschaftler die Geschichte ihrer Organisation selbst zu schreiben haben. Eine Geschichte zu schreiben über irgendeine „nationale“ Partei wird man bei keinem sozialdemokratischen Schriftsteller in Bestellung geben. Dasselbe trifft auch für die Gewerkschaftsbewegung zu. Eigentümlich hat es uns berührt, daß Genosse Sassenbach, als er über die Ausstattung der Gewerkschaftsbibliotheken sprach, so wenig auf die grundlegenden sozialistischen Literatur Bezug nahm. Oder hat diese bloß eine untergeordnete Bedeutung? Schon scheint es so, denn sonst hätte Sassenbach, als er über die Unterhaltungsliteratur sprach, nicht soviel Wert auf Romane gelegt, die in einem bürgerlichen Verlage erscheinen und dabei von unaussprechlichen Namen sind. Also in Zukunft möchte es Grundtat werden, daß in erster Linie die reichhaltige sozialistische Literatur empfohlen wird.

Ueber die Vorträge von Calver und Legien das nächste-mal.

Der deutsche Arbeiter in Zürich.

Von seiten der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften ging uns darüber folgendes mit der Bitte um Abdruck zu:

Das laufende Jahr hat in der Stadt Zürich eine Reihe von Streiks gebracht, die eine bisher noch nie gesehene Verschärfung der Klassengegenstände brachte. Das hatte zur Folge, daß die Kämpfe zwischen Arbeiterschaft und Unternehmertum einen unerhört leidenschaftlichen Charakter annehmen und daß die Regierung des Kantons Zürich sich rücksichtslos zum Werkzeug des wütenden Bürgertums machte.

Zürich steht unter dem Zeichen der schandbarsten Reaktion. Die wild gewordenen Spießer begnügten sich aber nicht damit, die Regierung so scharf als

möglich zu machen, sondern sie suchten die Wut der Bürgerschaft auch dadurch angustacheln, daß sie eine schamlose Ausländerhetze inszenierten und die gesamte bürgerliche Presse den Versuch machte, dem Kampf gegen die organisierte Arbeiterschaft einen nationalen, geradezu chauvinistischen Anstrich zu geben, um die Meinung zu verbreiten, als ob nur die Ausländer die Schuld an den leidenschaftlichen wirtschaftlichen Kämpfen zu tragen hätten.

Der Versuch ist ihnen in weiten Volksteilen leider nur zu gut gelungen und die schamlos lügenhafte Geharbeit hat weit herum eine unerhörte Erbitterung gegen die deutschen und italienischen Arbeiter wachgerufen.

Das zeigte sich in seiner widertwärtigsten Form, als infolge des Streiks, insbesondere im Baugewerbe, die Staatsgewalt erst durch die Polizei und dann durch die Milizsoldaten mit einer Roheit und Brutalität gegen die Arbeiter vorging, die der zarischen Polizeibeistien würdig gewesen wäre. Die empörendsten Gewalttaten richteten sich während dieser Zeit hauptsächlich gegen die Ausländer und wenn ein Deutscher sich nur eine Bemerkung gestattete, so riskierte er nicht etwa nur verhaftet zu werden, sondern er wurde von der Polizei in der rohesten Weise mit Faustschlägen und Fußtritten, vom Militär ebenfalls mit Kolbenstößen und Schlägen mißhandelt. Ja, es ist sogar von der Regierung zugegeben worden, daß verhaftete Ausländer in der Militärkaserne mit Reitpeitschen geschlagen wurden. Und das in Gegenwart schweizerischer Offiziere, ja, es waren sogar Offiziere selbst, die gepeitscht haben.

Weder die Regierung noch die Militärbehörden sind dagegen eingeschritten. Im Gegenteil, die Regierung des Kantons Zürich hat die Schandtaten der Reaktion lebhaft mitgemacht und hat sie schließlich damit gekrönt, daß sie eine große Zahl von Arbeitern, es sind ihrer über dreißig, aus ihrem Staatsgebiete ausgewiesen hat. Zum Teil wegen der kleinlichsten Uebertretung von Polizeivorschriften wurden die Leute des Landes verwiesen, Leute, die seit Jahren hier ansässig sind, Leute, die Familie hier haben und für die die Ausweisung den ökonomischen Ruin bedeutet.

Der Fremdenhaß ist derart angestachelt und großgezogen worden, daß der deutsche Arbeiter geradezu als ein Mensch minderer Klasse betrachtet wird.

Daneben hat sich die Wut des Bürgertums auch gegen die gesamte Arbeiterschaft gerichtet und hat zu scharfmacherischen Maßnahmen geführt, die selbst für Sachsen und Preußen unerhört wären. Im ganzen Kanton ist das Streikpostenstehen verboten worden. Gegenwärtig werden alle Anstrengungen gemacht, ein richtiges Zuchthausgesetz einzuführen, und am schwersten treffen die neuen Bestimmungen wieder die Ausländer, die auf die blödsinnigsten Polizeirapporte hin ausgewiesen werden.

Der Kampf der Arbeiterschaft für die Verbesserung ihrer Lebenshaltung ist darum in Zürich außerordentlich schwierig und das Scharfmacherregime hat es den Ausländern fast unmöglich gemacht, sich daran zu beteiligen.

Die deutschen Arbeiter haben daher gerade jetzt nicht das geringste Interesse daran, nach Zürich zu kommen, um sich den schandbarsten Beschimpfungen und Mißhandlungen auszusetzen. Vielmehr liegt es in ihrem eignen Interesse, den schweizerischen Genossen den Kampf nicht dadurch zu erschweren, daß sie den Arbeitsmarkt für die Unternehmer günstig gestalten.

Die deutschen Arbeiter werden daher eindringlich gewarnt, sich in diesem und dem kommenden Jahre nach Zürich zu begeben. Wenn sie fernbleiben, helfen sie am besten, der Hochflut der wildesten Reaktion in kürzester Zeit eine feste Schranke zu setzen.

Statistische Erhebungen der Zahlstelle Berlin I.

Der wirtschaftliche Aufschwung, der im Jahre 1903 einsetzte, ist erfreulicherweise auch im Berichtsjahre zu verzeichnen.

Wenngleich die Zahl der abgegebenen Fragebogen um ein ganzes Hundert gestiegen ist, so beweist dieses wohl die etwas vermehrte Arbeitslosigkeit während der Bauperiode, aber keineswegs das erhöhte Interesse der Kollegen an den statistischen Erhebungen. Bleibt doch der Prozentsatz im Verhältnis zur Mitgliederzahl analog der Vorjahre annähernd derselbe,

finden und verlangen mehr. Soweit ist das alles recht, aber sofort ändert sich die Ansicht, wenn es sich um die Arbeiter handelt. Da ist der Arbeiter sofort ein unerschämter Kerl, der in seiner Begehrlichkeit keine Grenzen kennt. Alles soll vorwärts streben, auch der Arbeiter, aber er soll den Kapitalisten nicht angreifen, den Unternehmer fein in Ruhe lassen und sich mit seinen Forderungen wo anders hin wenden. Wohin? Ja, da reißt dann der Faden ab, da schweigen dann alle Flöten. Da hat die Weisheit der Herrschaften plötzlich ein Loch bekommen. Der Arbeiter sagt sich, er könne sich nur an denjenigen halten, der seine Arbeitskraft gekauft hat, von diesem hat er den Preis dafür zu fordern.

Der Unternehmer findet es für ungebührlich, ja für frech, wenn der Arbeiter beim Abschluß des Kaufes der Arbeitskraft die Höhe des Preises, des Lohnes, wissen will. Es wird dem Arbeiter bedeutet, er solle nur erst arbeiten, den Preis der Arbeitskraft werde der Unternehmer gerechtemweise schon festsetzen, der richte sich nach der Leistungsfähigkeit. Wer kann aber die Leistungsfähigkeit richtig beurteilen? Niemand. Das ist Ansichtssache, dafür gibt es kein Schema. Darum sagt der Arbeiter: Der Preis der Arbeitskraft muß eine bestimmte Grenze nach unten haben, um nicht völlig der Willkür des Unternehmers oder seines Helfers ausgeliefert zu sein. Da zerkert der Unternehmer wieder über Vergeltung; er schwärmt eben dem Arbeiter gegenüber für das „freie Spiel der Kräfte“, für sich selbst aber will er feste, möglichst hohe Preise und jammert in allen Tonarten über die große Konkurrenz.

Wenn ein organisierter Arbeiter seinen unorganisierten Kollegen auffordert, der Organisation beizutreten, um mit seinen Arbeitsbrüdern gemeinschaftlich für bessere Arbeits- und Lohnverhältnisse kämpfen zu können, ist das seine Pflicht und sein gutes Recht. Die Unternehmer und die kapitalistische Presse schimpfen dann über Beeinträchtigung der persönlichen Freiheit. Wenn aber die Unternehmer ihre Kollegen zum Beitritt der Unternehmerorganisation zwingen, so ist das natürlich ganz etwas anderes. Die Ansichten sind, wie gesagt, eben zu verschieden.

Verschiedene Ansichten.

Im menschlichen Leben werden unzählige Ausdrücke gebraucht, unter denen man sich verschiedenes denken kann; es kommt ganz darauf an, welcher Maßstab angewendet wird und welchen Standpunkt man einnimmt. Einige Beispiele mögen das näher erklären. Ein Armer hält den, der hunderttausend Mark besitzt, für reich, der Krupp nennt ihn einen armen Schluider. Ein Mann von mittlerer Statur wird von Zwergen für groß angesehen, kommt er unter Riesen, wird er als klein gelten. Ein Bewohner der heißen Zone wird unser gemäßigtes Klima kalt finden, ein Bewohner der Eisregion wird es aber als warm bezeichnen. Was der eine für schön findet, erklärt der andre für häßlich; der eine findet dieses oder jenes für gut, der andre für schlecht. Die Ansichten sind eben verschieden.

Am stärksten tritt der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit zutage. Der Kapitalist besitzt die Produktionsmittel, der Arbeiter die Arbeitskraft; die beiden schließen einen Vertrag ab. Der Kapitalist kauft die Arbeitskraft des Arbeiters; der Preis drückt sich im Lohne aus. Hier treten die verschiedensten Begriffe auf, denn die Ansichten über gerechten und anständigen Lohn gehen weit auseinander.

Der Kapitalist als Käufer der Arbeitskraft will, wie jeder andre Käufer, möglichst billig kaufen, unbekümmert, ob der Verkäufer seine Rechnung dabei findet, deshalb sucht er den Preis der Arbeitskraft möglichst herabzudrücken. Er kümmert sich nicht im geringsten darum, ob der Arbeiter mit seinem Lohne sich und seine Familie ernähren kann. Der Arbeiter dagegen ist wieder bestrebt, einen möglichst hohen Verdienst zu erzielen, weil er sich dadurch besser und anständiger durchs Leben schlagen kann. Der Unternehmer findet den Lohn für anständig, für gerecht, der Arbeiter für schundig und unzureichend.

Der Unternehmer findet es für anständig, wenn er stets bestrebt ist, aus dem Arbeiter möglichst viel Profit herauszuschlagen. Er ist immer darauf bedacht, Mittel ausfindig zu machen, wie er den Arbeiter noch mehr antreiben kann, um eine noch

höhere Arbeitsleistung zu erzielen. Er kümmert sich gar nicht darum, daß der Arbeiter durch diese übermäßige Ausbeutung frühzeitig arbeitsunfähig wird. Der Arbeiter dagegen hat ein lebhaftes Interesse daran, seine einzige Ware, Arbeitskraft, möglichst lange verwerten zu können. Er muß trachten, möglichst lange arbeitsfähig zu bleiben, um für sich und seine Familie den nötigen Unterhalt verdienen zu können. Darum findet der Arbeiter die übermäßige Antreiberei für unanständig, für schädlich.

Wie oft hören wir Unternehmer im Brustton der Ueberzeugung sagen, sie hätten gar nichts dagegen, wenn die Arbeiter bessere wirtschaftliche Verhältnisse anstreben, mehr Lohn und kürzere Arbeitszeit verlangen. Das ist aber nur theoretisch zu nehmen, denn wie es zur Praxis kommt, schreiben dieselben Unternehmer Peter und Morbio und wettern über die Begehrlichkeit der Arbeiter. Die Arbeiter sind der Ansicht, berechnete Ansprüche zu erheben, die Unternehmer schreiben über unerschämte Forderungen. Wenn die Arbeiter zum Streik und Boykott greifen, um ihre Forderungen durchzubringen, weil durch friedliche Verhandlungen nichts zu erreichen war, so schreiben die Unternehmer über Terrorismus der Arbeiter und rufen nach der Polizei, nach der Staatsgewalt. Wenn aber die Unternehmer den schlechten Geschäftsgang oder die schlechte Jahreszeit benützen, um den Lohn zu drücken, die Arbeitsverhältnisse zu verschlechtern, wenn sie jene Arbeiter, die Vertrauensstellen innehaben und für ihre und ihrer Mitkollegen Interessen besonders eifrig eintreten, von der Arbeit ausschließen und mittels schwarzer Listen die Existenz unmöglich zu machen trachten, ist das kein Terrorismus, sondern erlaubte, anständige Mittel.

Bekanntlich wird es jedem Menschen zum Verdienst gerechnet, wenn er danach strebt, sich eine bessere Existenz zu schaffen; man nennt ihn dann einen strebsamen Menschen, der auf sein Fortkommen in der Welt bedacht ist. So strebt der Unternehmer nach besseren Preisen, nach größerem Profit; der Beamte nach einer besseren Stellung; der Kaufmann nach höherem Gewinn; der Bauer nach höheren Getreide- und Viehpreisen; der Handwerksmeister nach besserem Verdienst und selbst Kaiser und Könige erklären, mit ihren Bezügen nicht das Auslangen zu

zirka 50 Prozent, also für Berlin gewiß kein schmeichelhaftes Resultat.

An der Statistik beteiligten sich 348 Kollegen (gegen 246 im Vorjahre) mit einem Durchschnittsverdienst von 1885.53 (1556.41) Mark, gleich einem Wochenlohn von 32.37 (29.93) Mark. Diese Steigerung erklärt sich einestheils aus der Erhöhung des Stundenlohnes, andernteils aus der etwas stärkeren Beteiligung der organisierten Schichtarbeiter an der Statistik. Tatsache ist, daß durch die Nichtbeteiligung der am schlechtesten entlohnten unorganisierten Kollegen das Gesamtbild zuungunsten der Berliner Steinarbeiter verschoben wird. Haben doch von den organisierten Kollegen 147 = 45 Prozent (44.7) den Durchschnittsverdienst nicht erreicht. Nur Afford arbeiteten 29 Kollegen = 8.3 Prozent. Nur Tagelohn arbeiteten 198 Kollegen = 56.9 Prozent, teils Lohn, teils Afford arbeiteten 121 Kollegen = 34.8 Prozent. Wenn unsere Meister wieder sagen, Tagelohn ist nicht durchführbar, werden wir ihnen diese Statistik in Erinnerung bringen.

Lohnstatistik.

Es verdienen: Bis 500 Mark 3 Kollegen, 500—600 Mark 2 Kollegen, 6—700 Mark 4 Kollegen, 7—800 Mark 5 Kollegen, 8—900 Mark 7 Kollegen, 900—1000 Mark 9 Kollegen, 10—1100 Mark 11 Kollegen, 11—1200 Mark 12 Kollegen, 12—1300 Mark 15 Kollegen, 13—1400 Mark 19 Kollegen, 14—1500 Mark 19 Kollegen, 15—1600 Mark 19 Kollegen, 16—1700 Mark 30 Kollegen, 17—1800 Mark 25 Kollegen, 18—1900 Mark 31 Kollegen, 1900—2000 Mark 42 Kollegen, über 2000 Mark 73 Kollegen.

22 Fragebogen konnten wegen mangelhafter Ausfüllung nicht in Betracht gezogen werden.

Alter.

Das Durchschnittsalter ist mit 31 Jahren 23 Tagen gegen 31 Jahren 8 Monaten 14 Tagen des Vorjahres gefallen. Dies erklärt sich aus dem Zuwachs der zugewandten jüngeren Kollegen. Im Alter von 20 Jahren waren 19 Kollegen, von 20—25 Jahren 54 Kollegen, von 25—30 Jahren 102 Kollegen, von 30—35 Jahren 72 Kollegen, von 35—40 Jahren 44 Kollegen, von 40 bis 45 Jahren 30 Kollegen, von 45—50 Jahren 12 Kollegen, von 50—55 Jahren 9 Kollegen, von 55—60 Jahren 5 Kollegen, über 60 Jahre 1 Kollege.

Ist die Zahl der Kranken größer geworden, so ist doch die Dauer der Krankheit etwas kürzer geworden.

Es waren krank 106 (78) Kollegen in 140 (91) Fällen 3925 Tage, was einen Durchschnitt von 37 (39.3) Tagen ergibt. Länger wie 13 Wochen waren 9 Kollegen = 8.5 Prozent krank.

An Rheumatismus erkrankten die Kollegen in 14 Fällen, an Hals- und Lungenleiden in 46 Fällen, Verletzungen im Beruf, Unfällen in 21 Fällen. Sonstige Krankheiten in 39 Fällen. In 20 Fällen war die Art der Krankheit nicht angegeben.

Arbeitslos waren 256 Kollegen = 73.6 Prozent (90.5) in 851 Fällen 10 681 Tage. Das ergibt einen Durchschnitt von 41.7 Tg. (45.1 Tg.).

Berufstätigkeit.

Im Beruf tätig waren die an der Statistik beteiligten 348 Kollegen 6154 Jahre. Durchschnittlich 17 1/2 Jahre.

Ledig sind 126 (86) Kollegen, verheiratet resp. Witwer sind 222 (151) Kollegen.

In 23 Fällen trägt die Frau zum Unterhalt der Familie bei. Mitglieder einer Ortskrankenkasse sind 247 Kollegen, 43 gehören einer freien Hilfskasse an.

Klagbar gegen ihren Arbeitgeber wurden 7 Kollegen in je einem Falle. Sechs Fälle wurden zugunsten der Kollegen entschieden. Ein Fall ist zurzeit noch unentschieden. Ein Opfer unfres mörderischen Berufes wurden 10 Kollegen, während zwei Mitglieder freiwillig aus dem Leben schieden. Ein Kollege starb an Magenkrebs, einer an Kopfrheumatismus, zwei verunglückten am Bau. Einer der Verstorbenen war nicht organisiert. 15 der Verstorbenen waren verheiratet. Dieselben hinterließen 13 Kinder. Die Krankheitsdauer erreichte bei einem Kollegen die Höhe von 1 1/2 Jahren.

Um unsrer Statistik den ihr gebührenden Wert zu verschaffen, ist es Pflicht jedes einzelnen Kollegen, sich mit der größten Sorgfalt und peinlichster Genauigkeit an derselben zu beteiligen. Nur dann wird es möglich sein, dem Unternehmertum das entsetzliche, aber wahre Bild unfres Berufs vor Augen zu führen. Mit allen Kräften haben wir für die Sühnung unsrer Lage einzutreten, dem Unternehmertum den uns gebührenden Teil unfres Schaffens abzurufen.

Auf die gesetzgebenden Körperschaften auf Grund unfres Materials einzuwirken, weitgehendere Bestimmungen zum Schutze unsrer Gesundheit zu treffen und für die strikte Durchführung der bisherigen gesetzlichen Bestimmungen zu sorgen, ist unsre Pflicht. Paul Herzfeld.

Rundschau.

Die Breslauer Polizeifäberei hat vor Gericht ihren Abschluß gefunden. Weite Volkskreise haben beim Verfolg der siebenjährigen Verhandlungen nochmal die Enttäuschung durchlebt, die vor etwa einem halben Jahre die ganze Arbeiterschaft durchlebte. Die Bluttat der Polizei sowie der Abschluß der Tragödie wird unauslöschlich den Arbeitern ins Gedächtnis geprägt sein, wird neue Klassenkämpfer ihren gewerkschaftlichen und politischen Organisationen zuführen. Solche Vorgänge wie in Breslau, Nürnberg usw. schaffen eine immer größer werdende Luft

Ausbesserungen am Kölner Dom.

Die Einwirkung der Witterung auf die Dauerhaftigkeit der Bausteine ist jedem Steinarbeiter hinlänglich bekannt. Frost und der chemische Verwitterungsprozess richten — je nach der Struktur des verwendeten Gesteins — große Verheerungen an den äußeren Konten, Flächen usw. an. Ruinen alter und sehr oft neuer Bauten haben dieses zur Genüge dargeboten. Auch bei den jetzigen in Aussicht genommenen Renovierungsarbeiten des Südporthals am Kölner Dom trat den Untersuchenden der Verwitterungsprozess recht kraß vor Augen. — Der Kölner Dom, welcher 1248 unter dem Erzbischof Konrad von Hochstaden durch Gerhard von Meise begonnen, ist 1880 vollendet, und das erhabenste Gebäude gotischer Baukunst, 135 Meter lang, 61 Meter breit. Die Türme haben eine Höhe von 160 Metern. — Die kölnische Volkszeitung bringt unterm 19. September eine lebendige Schilderung aus jachundiger Feder über die Untersuchungen der Witterungseinflüsse. So nun unseren Lesern die Anglegenheit von Interesse sein dürfte, bringen wir die Abhandlung zur Kenntnis der Steinarbeiter.

Am Südporthal des Kölner Domes sind die über 30 Meter hohen Kreuzrippen fertig geworden, welche zu dem Zwecke aufgeschlagen worden, den dort verwendeten Stein auf seine Kaltbarkeit und seinen jetzigen Zustand zu prüfen. Das Bild, welches sich bei der Prüfung darbot, ist ein betrübendes. Die Verwitterung hat große Fortschritte gemacht, so daß nicht geringe Lebensgefahr für die durch das Südporthal Ein- und Ausgehenden unausgesetzt vorhanden ist. Nicht nur waren die feineren Bildhauerarbeiten an den Sockeln und Baldachinen der Heiligenfiguren so stark verwittert, daß beim Anrühren dieselben abbrachen, sondern insofern war der Stein schon vollständig in Pulver übergegangen. Male von zwei, drei, selbst vier Meter Höhe wackelten beim Anrühren mit zwei Fingern sehr bedenklich. Die kleinen Krabben und die zarten Kreuzblümchen brachen bei einer Berührung sofort ab. Wenn diese kleinen Teile auch keine Lebensgefahr für Erodierende waren, so konnten sie doch bei der Höhe, aus welcher sie herunterzufallen drohten, ganz erhebliche Schäden verursachen. Aber nicht dies allein; an ganz gedeck-

zwischen Kapital und Arbeit, zeigen mit greller Deutlichkeit, wie alle Institutionen des Klassenstaates nur darauf hinarbeiten, die kapitalistischen Interessen zu wahren. Ueber 40 Angeklagte hatte die Staatsanwaltschaft vor die Schranken des Gerichts geschleppt. Verschiedene Zeugen bekundeten, nur auf Drängen des Untersuchungsrichters Anklage erhoben zu haben. Es wurde durch Zeugen festgestellt, daß einige Schutzleute geradezu gewiilt haben, daß sie wehrlose Passanten niedergeschlagen, ja bis in die Häuser verfolgten und einem Wehrlosen, an dem Kravall völlig Unbeteiligten hinterwärts die Hand glatt abhagten. Der Arbeiter Franz Biwald, das Opfer dieser Geldentat, sagte unter Eid aus, daß er nicht im geringsten an der Aussperrung beteiligt war, daß ohne jede Ursache der Polizeiheld ihn erst furchtbar mißhandelt und ihm dann von hinten, als er im Begriff war, die Treppe hinauf zu steigen, mit einem Hieb die Hand glatt abgehakt habe, so daß sie weit weg flog. (Furchtbare Bewegung.) Der Staatsanwalt suchte diese Polizeitatt nach zu entschuldigen. Es wurde in der Verhandlung festgestellt, daß ganz ahnungslos ihres Weges gehende Passanten in der brutalsten Weise mißhandelt wurden, darunter sogar ein sechzehnjähriges Mädchen. Eine Frau, die in der höchsten Erregung ausrief: Gibtes denn keine Gerechtigkeit, war unter Anklage gestellt und muß nun für ihre gerechte Empörung eine Geldstrafe von 15 Mk. zahlen. Im ganzen wurden 64 Monate Gefängnis und mehrere kleinere Strafen verhängt, während der Handabhacker wie überhaupt die Veranlasser der Bluttat frei ausgehen. So will es der Rechtsstaat.

Im Schadenersatzprozeß der Hamburg-Amerika-Linie gegen 127 Schauerleute wegen Ruhenlassens der Arbeit am 1. Mai 1906 ist das Endurteil des Hamburger Gewerbegerichts ergangen. Die Arbeiter sind verurteilt worden. Jeder der 127 verklagten Schauerleute soll 18 Mk. und die auf ihn entfallenden Kosten zahlen.

Die Hamburg-Amerika-Linie hatte ursprünglich gegen 142 feste Schauerleute wegen Ruhenlassens der Arbeit am 1. Mai eine Schadenersatzklage in Höhe von 12 000 Mk. anhängig gemacht. (Zuerkannt wurden ihr im Endurteil 2286 Mk., nachdem sie ihre Forderung auf 2540 Mk. ermäßigt hatte.) Durch Zwischenurteil hatte das Gewerbegericht den Anspruch der Amerika-Linie dem Grunde nach für berechtigt erklärt. Soweit die Klage jedoch auf Verurteilung der Schauerleute als Gesamtschuldner gerichtet war, ist sie abgelehnt worden.

In der Begründung dieses Zwischenurteils befanden sich die folgenden charakteristischen Stellen:

„Die Behauptung der Beklagten, es sei ihnen durch jahrelange Uebung von der Amerika-Linie freigestellt, jederzeit einen eventuell mehrere Tage ohne weiteres von der Arbeit fortzubleiben, sei so unglaublich, so absurd, daß es nicht einmal für angebracht erschienen sei, die angebotene Beweisführung zuzulassen! Das Gericht sei (ohne Beweisaufnahme) vom Gegenteil überzeugt. Die Einrede, Beklagte hätten bereits 22 Stunden gearbeitet, und hätten deshalb annehmen dürfen, sie sollten abgelöst werden, sei hinfällig. Beklagte hätten gewußt, daß keine ordentlichen Ersatzleute für sie vorhanden gewesen seien. Der Lohnstarif für Schauerleute erkläre, die Arbeitszeit solle 36 laufende Stunden einschließlich der Pausen nicht übersteigen. Diese Arbeitsdauer sei gerichtsnotorisch im Hamburger Hafen seit vielen Jahren üblich und noch niemals als gegen die guten Sitten verstößend erachtet worden. — Klägerin habe sich die offenbar auf einen gemeinsamen Beschluß der Beklagten zurückzuführende Arbeitsverweigerung am 1. Mai, die lediglich Demonstrationszwecken diene, nicht gefallen können. Sie mußte also von ihrem Rechte, die Beklagten zunächst zu entlassen, Gebrauch machen, wenn sie sich nicht der Lächerlichkeit habe preisgeben wollen.“ — „Eine vorzügliche Schadenzufügung möge hier wohl als vorhanden angenommen werden können. Die Arbeitsverweigerung lediglich zu Demonstrationszwecken sei als eine gegen die guten Sitten verstößende Handlung anzusehen.“

In dem letzten Termin, der vor einiger Zeit stattfand, erklärte der Vertreter der Amerika-Linie, Inspektor Kapitän a. D. Theile, daß es weniger auf die Höhe des zu ersetzenden Schadens, sondern hauptsächlich darauf ankomme, im Prinzip zu siegen. Das „Prinzip“ der Amerika-Linie hat ja auch gesiegt. Die Arbeiter können bis 36 Stunden ununterbrochen ausgebeutet werden. Dieses Recht ist der Amerika-Linie in der Begründung des Zwischenurteils zugestanden worden. Das Gewerbegericht hat gegen eine solche unmenschliche Arbeits-

zeit durchaus nichts einzuwenden. Das ist der Kern des Urteils und dazu angetan, sich den Arbeitern tief ins Gedächtnis zu prägen. Eine Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft bis zu 36 Stunden verstößt nicht gegen die guten Sitten — wohl aber die Einstellung der Arbeit nach 22stündiger Dauer, um zu demonstrieren für Verkürzung der Arbeitszeit. — Die Arbeiter sind ja schon an Urteile gewöhnt, auch dieses wird zu den übrigen gelegt in die Sammelmappe „Klassenjustiz“.

Freibier als christliches Agitationsmittel. Der Arbeiter, das Organ des Verbandes der katholischen Arbeitervereine, teilt in seiner Nummer vom 16. September mit, daß jüngst in Oppeln handschriftlich hergestellte Zettel verteilt wurden mit folgendem Inhalt:

„Werter Kollege! Sie wollen sich, bitte, heut Abend zu einer gewerkschaftlichen Besprechung in meiner Wohnung einfinden, die Zeit können Sie selbst wählen.“

Mit kollegialem Gruß
Reinhold Klügel, Christl. Gewerksch.-Sekretär.
Kirchstraße 4, III.“

Diese höfliche Einladung scheint nicht die nötige Zugkraft besessen zu haben, Herr Klügel mußte ein anderes Zugmittel „ausklügeln“ und er verteilte darauf die folgenden Zettel:

„Werter Kollege! Sie werden hiermit freundlichst eingeladen, Freitag, den 31. August 1906, abends 8 1/2 Uhr, im Hotel Sächsischer Hof hier selbst zu einem zwanglosen Beisammensein beim Glase Bier (Freibier) zu erscheinen.“

Mit Gruß

R. Klügel, Christl. Gewerksch.-Sekretär.

Der Alkohol, der stets im Dienste der Volksverdrummung seine Pflicht getan hat, mußte auch hier wieder helfen. Durch die Gewährung von Freibier mußte also dem „gewerkschaftlichen Interesse“ der „Christlichen“ nachgeholfen werden. Es bleibt eine alte Tatsache, die pfäffischen Bestrebungen und der Alkoholismus sind und bleiben die Feinde jeden Fortschritts.

Ein arbeitswilliger Schutzmann. Die Polizei „schützt“ nicht nur Streikbrecher, sie läßt sich auch gelegentlich selbst zu Arbeitswilligendienstleistungen herbei. In Jütich in Bayern, wo eben die Schattenschein in einen Streik eingetreten sind, hat ein von der Stadt angestellter Schutzmann in seiner dienstfreien Zeit sich im Geschäft seines Bruders als Arbeitswilliger betätigt. Der Deutsche Kolgarbeiterverband richtete deshalb an Magistrat und Gemeindefolkollegium eine Eingabe, worin er die beiden Kollegien aufforderte, zur Sache Stellung zu nehmen. Im Gemeindefolkollegium wurde mitgeteilt, daß der Magistrat dem Schutzmann verboten habe, Streitarbeit zu machen und daß auch die übrigen Schutzleute in der Instruktionsstunde entsprechend belehrt worden seien. Aus diesem Grunde und weil der Magistrat die vorgeordnete Behörde der Schutzmannschaft ist, lehnte es das Kollegium unter dem Widerspruch der sozialdemokratischen Mitglieder ab, zur Sache selbst Stellung zu nehmen.

Literarisches.

Blut und Eisen, Krieg und Kriegerturn in alter und neuer Zeit, ist der Titel des von Hugo Schulz verfaßten dritten Bandes der unter dem Gesamttitel Kulturbilder von der Buchhandlung Vorwärts, Berlin, herausgegebenen populären Abhandlungen aus der Kulturgeschichte. Die graumächtigste Geißel der gesamten Menschheit ist der Krieg, „Die Fortsetzung der Politik mit gewaltsamen Mitteln“, wie der preussische General v. Clausewitz so harmlos sagt, — der vulkanische Ausbruch der unter dem dünnen Firnis der Zivilisation angeammelten Barbarei, wie er dem Freunde friedlicher Entwicklung erscheint.

Der Verfasser gibt in seinem Werke eine historische Darstellung der einflussreichen Rollen, welche der Krieg im Leben der Völker gespielt hat. In zusammenhängenden historischen Streifzügen zeigt er, welche Greuel der Krieg gestiftet hat und welche Verwüstungen er angerichtet, aber auch, welche Kräfte er geweckt und in welcher Weise er auf die innere Entwicklung der Völker zurückgewirkt hat. Ohne jegliche Entrüstung und Sentimentalität zeigt der Verfasser, wo der Krieg, wie z. B. in der großen blutigen Auseinandersetzung zwischen Japan und Rußland, einen kulturnotwendigen Prozess gefördert hat.

Aus der Kriegsgeschichte erschließt sich die Militärgeschichte und es wird überzeugend nachgewiesen, wie die Formen des Kriegsführens durchaus abhängig sind von den wirtschaftlichen Grundlagen des Lebens ihrer Zeit.

Auch dieser Band ist in durchaus leichtverständlicher, flüssiger Sprache geschrieben und mit Bildern und historischen Dokumenten usw. reich illustriert. Das Werk erscheint in 50 Lieferungen à 20 Bf.; jede Woche wird ein Heft ausgegeben. Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen, Kolporteurs sowie die Austräger dieser Zeitung entgegen. Auch können die Bestellungen direkt beim Verlag aufgegeben werden.

Kollegen! Agitiert für eure Organisation!

Alsdann ist sehr zu wünschen, daß die demnächst erheblich zu vergrößernde Dombauehütte mit der Herstellung der Ersatzteile bald betraut werden möge. Nach einer oberflächlichen Schätzung werden die Ausbesserungen des Südporthals allein 70—80 000 Mk. erfordern. Glücklicherweise sind, wie schon früher mitgeteilt wurde, noch erhebliche Fonds vorhanden, hoffentlich werden die zuständigen Stellen bald ihre Zustimmung erteilen, daß für diese dringenden Zwecke die Gelder verwandt werden dürfen. Gegenüber außerhalb Kölns umlaufenden Gerüchten muß aber hier ausdrücklich festgestellt werden, daß das Domgebäude als solches und die großen Architekturteile keineswegs in Gefahr sind. Es handelt sich nur um die Verwitterung von im Verhältnis zum ganzen kleinen Architekturteilen, von denen aber einzelne, wie oben erwähnt, ein Gewicht bis zu 50 und 60 Kilogramm erreichen. Sonntags wird auch der Verkehr durch eine der Türen des Südporthals offen gehalten werden. Eine Gefahr für die Besucher des Doms ist durch die jetzt erfolgte Einrüstung vollständig ausgeschlossen. Die in Frage stehenden Architekturteile sind am Dom angebracht worden teils in den 60er und teils in den 70er Jahren. Es würde aber wohl unbedenklich sein, der damaligen Dombauleitung wegen der vorgeschilderten betrübenden Tatsachen einen Vorwurf zu machen. Augenscheinlich haben die Dünste der Kölner und umliegenden Industrie, die sich im Regenwasser auflösen, hauptsächlich Kohlenäure und Schwefeldämpfe, dieses Zerstörungswerk vollbracht. Wie wir hören, werden zurzeit von der zuständigen Stelle eingehende Studien gemacht, welche Steinarten sich durch die Erfahrung diesen bösen Einflüssen, die in einer Stadt wie Köln natürlich nicht zu vermeiden sind, am haltbarsten entgegenstellen. Die Erfahrungen, die sich an alten Wandmalereien in den Industriestädten gezeigt haben, sollen hierzu weitgehend herangezogen werden. Öffentlich gelingt es, für die unermülich zu beginnenden Herstellungsarbeiten ein Material ausfindig zu machen und zu beschaffen, das unsern Nachkommen ähnliche, ganz unerwartete Ueber-raschungen erspart.